

Kommentare

Die folgenden Kommentare zu einzelnen Büchern aus der Literaturliste stellen die Einschätzung der jeweils Unterzeichnenden dar. Sie sind nicht nur reine "Buchbesprechungen", sondern teilweise auch streitbare Positionierungen zu in den Büchern formulierten Einschätzungen.

Inhaltsverzeichnis

Stand: 10.3.2022

Seite	Jahr	Autoren	Titel
1	2022	Lepenies	Verbot und Verzicht
2	2020	Schmelzer et al.	Zukunft für alle
4	2020	Riexinger	System Change
7	2020	Folkers / Paech	All you need is less
13	2020	Berg	Ist Nachhaltigkeit utopisch?
21	2020	Göpel	Unsere Welt neu denken
22	2020	Grießhammer	#klimaretten.
24	2020	Banerjee / Duflo	Gute Ökonomie für harte Zeiten
31	2019	Kopatz	Schluss mit der Ökomoral!
33	2019	Kessler	Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern.
33	2019	Binswanger	Der Wachstumszwang
35	2019	Welzer	Alles könnte anders sein
37	2017	von Weizsäcker	Wir sind dran!
38	2017	Peukert	Das Moneyfest
42	2016	Randers / Maxton	Ein Prozent ist genug
43	2016	Kopatz	Ökoroutine
44	2015	Piketty	Die Schlacht um den Euro
45	2013	Hunecke	Psychologie der Nachhaltigkeit
46	2012	Paech	Befreiung vom Überfluss

Erscheinungsdatum: 7.3.2022

Philipp Lepenies: Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens

In den Diskussionen um Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden ökologischen Katastrophe trifft man häufig auf reflexhaften Widerstand, wenn ein paar Schlichtdenker schon von weitem etwas erschnüffeln, was nach Verbot oder Verzicht riecht. Dabei tun sie so, als seien beide Begriffe von vorneherein mit einer irreparabel negativen Bedeutung behaftet, so wie etwa Mord & Totschlag. Natürlich ist das grober Unfug, und es fällt eigentlich nicht schwer, das mit einfachen Beispielen zu belegen: Niemand käme auf die Idee, einen Straßenverkehr ohne jegliche Verbote zu fordern, und wer davon absieht, täglich 2 Liter Wein zu trinken, hat wenig Probleme, den Nutzen dieses Verzichts für seine Gesundheit zu erkennen.

Damit könnte man das Thema abhaken. Man kann sich aber auch überlegen, warum ausgerechnet beim nicht ganz unwichtigen Kampf gegen ein herannahendes Desaster dieser Unfug dahergeredet wird. Wer also tiefer in die Hintergründe einsteigen möchte, wer wissen will, aus welcher ideologischen Ecke diese irrationalen Reflexe kommen, der ist mit diesem Buch gut bedient. Warum ist Philipp Lepenies, Ökonom und Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, der kompetente Analytiker für diese Fragestellung? Weil die unreflektierte Aversion gegen Verzicht und Verbote aus der Verinnerlichung neoliberaler Dogmen herrührt, wie er ausführlich darlegt, und auf diesem Gebiet kennt er sich als Ökonom natürlich bestens aus.

Rolf Oesterlein, 9.3.2022

Erscheinungsdatum: 1.10.2020

Schmelzer, M. et al. (Konzeptwerk Neue Ökonomie):

Zukunft für alle - Eine Vision für 2048: gerecht. ökologisch. machbar.

Erstmals seit Paech 2012 ("Befreiung vom Überfluss", Kommentar s. u.) wagt sich wieder jemand an die Beschreibung eines postwachstumsökonomischen Ziel-Szenarios, das die gesamte Palette der verschiedenen Unter-Themen abdeckt. Allein dieser Umstand verdient schon ein grundsätzliches Lob. Das "Konzeptwerk Neue Ökonomie" ist ein seit 2011 bestehender gemeinnütziger und unabhängiger Verein, der in Leipzig ansässig ist.

Rund 200 Leute haben an der Erarbeitung der vorliegenden "Zukunftsvision" mitgewirkt. Formal wird sie aus der Sicht des Jahres 2048 beschrieben; auch der Weg dorthin - also der Transformationsprozess - wird in Form eines allerdings nur groben Rückblicks beleuchtet. Natürlich erhebt der Text nicht den Anspruch, das Ende der Diskussion zu markieren, sondern will genau diese anregen. Deshalb sollen hier auch nicht alle Vorschläge detailliert und kritisch vorgestellt, sondern nur ein paar allgemeine Beobachtungen und Einschätzungen zusammengefasst werden.

Das Thema ist ein sehr umfassendes; daran führt kein Weg vorbei. Allerdings ist es kontraproduktiv, wenn man es ohne Not noch ausweitet. So werden zu etlichen Aspekten Vorschläge gemacht, die nicht zwingend aus der existentiellen Gefahrenlage folgen (also: Klimawandel, sonstige Umweltschäden und Ressourcenbegrenzung), etwa: Abschaffung der Noten in den Schulen, Teilhabe, Barriere-Freiheit usw. Das heißt natürlich keineswegs, dass diese Vorschläge in der Sache falsch wären, sie gehören nur nicht zum Thema und führen, wenn sie kontrovers diskutiert werden, sogar vom Thema weg.

Dieser übertriebene Universalismus ist auch noch aus einem anderen Grund problematisch. Die Rezipienten des Textes können das Gefühl haben, dass ihnen sehr viel vorgeschrieben wird in dieser neuen Welt, auch und gerade im persönlichen Bereich. Es können Akzeptanzprobleme entstehen, die man dadurch entschärfen kann, dass man stets den engen Bezug zur Gefahrenlage darstellt. Was hier nicht hilft, ist der ständige Hinweis, dass dies alles demokratisch entschieden wird. Wieso

sollte ich andere über "meine" Angelegenheiten mitentscheiden lassen? Es entstehen z.T. regelrechte Widersprüche; z.B. wird beim Wohnen gesagt, jeder könne sein "Wohnmodell" für sich gestalten, wie er wolle; andererseits wird ein starker Druck zum Gemeinschaftsleben ausgeübt, also: kein Herz für Eigenbrötler.

Die Ambivalenz demokratischer Abstimmungen wird nicht thematisiert. Der Text geht offenbar davon aus, dass diese der Garant für die Erzielung der besten Lösungen sind. Das ist sicher nicht der Fall, wie zahlreiche Beispiele aus der Realität zeigen. Es gibt pessimistische Stimmen, dass eine wirkungsvolle Transformation vielleicht nur mit einer Ökodiktatur durchführbar ist. Dagegen enthält der Text keinerlei Argumente; er droht noch nicht einmal mit dieser sicherlich nicht erfreulichen Alternative.

Ein höchst ambivalentes Ziel ist auch die an vielen Stellen propagierte Lokalisierung. Für diese gibt es zweifellos häufig gute Gründe; das besagt aber noch nicht, dass sie überhaupt bzw. in welchem Umfang, bis zu welcher Grenze sie funktionieren kann. Auch der Hang zu lokalen Abstimmungen scheint nicht sonderlich reflektiert zu sein. Es gibt vieles, was auf diese Weise nicht zu regeln ist (z.B. der Bahnfernverkehr, notwendige Stromtrassen, die keiner vor seiner Nase will).

Insgesamt hat der Text keine homogene Eindringtiefe. Vieles wird nur sehr allgemein dargestellt, anderes geht sehr ins Detail (z.B. dass bei der Wohnungsvergabe im Falle einer Patt-Situation das Los entscheidet). Das strahlt eine gewisse Beliebigkeit aus: die verstreut vorhandenen Details sorgen dafür, dass ihr Fehlen andernorts als Mangel empfunden wird, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Konzepts weckt.

Es sieht so aus, als seien die Vorschläge des Textes durch eine Art "Wünsch-dir-was"-Fragestellung entstanden, zu der die Beteiligten beigetragen haben, was ihnen gerade so eingefallen ist. Ob die Vorschläge überhaupt funktionieren und ob sie zur Abwendung der Bedrohungen ausreichen, scheint häufig nicht im Fokus der Überlegungen gestanden zu haben.

Die Frage, welche politische "Weltstruktur" am Ende eines gelungenen Transformationsprozesses stehen könnte, wie die Aufgabenteilung zwischen Nationalstaaten und übergeordneten Instanzen (erwähnt wird ein "Rat für Zukunftssicherheit" zur Ressourcen-Verwaltung) geregelt sein könnte, ist eine extrem komplizierte; eine ausführliche Betrachtung dazu würde den Rahmen des Textes sprengen. Schon heute sind die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in D. höchst umstritten, gerade in der Pandemie nochmals verstärkt hervorgetreten. Auch das abschließende "Szenario des Transformationsprozesses" ist eher ein erbaulicher Überblick denn eine präzise politische Handlungsanweisung. Aber man wird ja bei der Ausarbeitung einer Vision auch einmal ein bisschen träumen dürfen.

Rolf Oesterlein, 6.3.2022

Erscheinungsdatum: 1.8.2020

Bernd Riexinger: System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal - Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können

Das etwa 125 Textseiten umfassende Büchlein liest sich phasenweise wie ein Wahlprogramm, was für den Ex-Vorsitzenden der Partei "Die Linke" und ein Jahr vor einer Bundestagswahl auch naheliegend ist. Aber es ist dennoch mehr, weil es sich nicht auf eine Legislaturperiode beschränkt. Da es schon im Titel von einem "Green New Deal" (GND) spricht, gehört es auch zum Thema SÖT. Allerdings soll der kritische Blick des Kommentars sich auf die GND-Elemente beschränken. Sie werden allerdings nicht in einem eigenen Kapitel dargelegt, sondern ziehen sich durch das Buch.

Lobend erwähnt werden Konzepte von Bernie Sanders (USA) und Jeremy Corbyn (GB), allerdings ohne nähere Erläuterungen. Ebenso wird Distanz gehalten zur Besetzung des GND-Begriffs durch die Grünen (Fücks & Co.), aber eher wegen fehlender sozialer Komponenten und dem Festhalten am neoliberalen Wirtschaftssystem, und nicht, weil das "grüne Wachstum" eine untaugliche Illusion wäre.

Durch das Buch zieht sich, auf allen Gebieten, ein nicht enden wollender Forderungskatalog, durchaus mit sinnvollen Inhalten, und es wird sogar häufig angegeben, was die Maßnahmen kosten würden. Aber wie diese Kosten gedeckt werden sollen, wird höchstens selektiv erwähnt. Irgendeine zusammenhängend-vollständige Kostenbilanz wird gar nicht erst versucht. Es ist eine typische Oppositions- und Wahlkampf-Attitüde: es werden Einzelpositionen aufgelistet, in denen man sich (meistens) von anderen unterscheidet, aber weniger die Elemente eines konsistenten Szenarios. Trotz der Zahlen bleibt die Sache, wie in den meisten sonstigen Publikationen zum Thema, wiederum nur qualitativ.

An den Kern einer grundlegenden Umgestaltung, wie sie z.B. Nico Paech seit 2012 beschreibt, reichen die Überlegungen nicht heran. Regionalisierung und Konversion der Industrie-Produktion ja, aber nichts über Reduzierung der gewerblichen Arbeitszeit und schon gar nichts über Suffizienz; die Klientel hat ja Nachholbedarf, weil sie bisher von jenem Lebensstil ferngehalten worden ist, den es eigentlich abzuschaffen gilt. Eine schwierige Konstellation für die Linkspartei, gewiss, ähnlich übrigens wie für die Gewerkschaften - aber sie lässt sich weder wegdiskutieren noch klammheimlich umkurven.

Der Begriff "Wohlstand" wird aber durchaus umgedeutet, insbesondere in Richtung auf das "Gemeinwohl", in dem "Gemeingüter" die Privatisierung verdrängen sollen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur, und zwar auf allen Gebieten - vom ÖPNV über Wohnen, Bildungssystem, Energiewende bis zum Sozialen. Dazu sind massive Investitionen vonnöten, und sogleich rollt die erste Forderungswelle an, wie oben erwähnt.

Riexingers Blick auf die Arbeitswelt erfolgt, wie bei der Linkspartei zu erwarten, aus ähnlicher Sicht wie bei den Gewerkschaften. Arbeitszeitverkürzung wird sehr wohl angemahnt, aber ohne jeden Bezug zum GND. Es geht, klassisch

gewerkschaftsorientiert, um Stressabbau und einen Anteil am wachsenden (!) Produktivitätskuchen; daher wird auch der volle Lohnausgleich gefordert. Dass das ein massiver (BIP-)Wachstumstreiber wäre und einem echten linken GND total zuwiderlaufen würde, ist dem Autor (und vermutlich auch seiner gesamten Partei) wohl überhaupt nicht klar; jedenfalls wird es nicht thematisiert.

Umso ausführlicher werden Umverteilungsaspekte behandelt. Sie werden als wichtiger Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation gesehen. Das ist sicher richtig. Allerdings lässt der Begriff "Lebensstandard" in diesem Zusammenhang vermuten, dass darunter vor allem ein materieller verstanden wird. Und auch diese Sichtweise ignoriert vollständig die Anforderungen an eine ökologische Transformation, die u.a. zu einer deutlichen Konsumreduzierung führen muss.

Ökologisch angemessen wiederum ist die Forderung nach einer Mobilitätswende. Die individuellen E-Autos werden als Sackgasse dargestellt. Die wegfallenden Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie sollen aber ohne Entlassungen in andere, ökologisch unproblematische konvertiert werden. Wie diese Rechnung aufgehen soll, wird nicht im Detail erläutert, es gibt auch keine (wenigstens groben) Zahlen dafür, wird aber immerhin als unausweichliche und nicht einfache zu lösende Aufgabe beschrieben.

Allgemein soll mehr demokratische Selbstbestimmung in die Ökonomie gebracht werden. Das geht weit über die klassische betriebliche Mitbestimmung hinaus. Wirtschaftsräte sollen geschaffen werden, die die "Industriepolitik" festlegen. Hier ist auch von Regionalisierung der Strukturen und von Lebensqualität statt Lebensstandard die Rede. Die "sozial-ökologische" Konversion der Industrie, die - entgegen der gescheiterten zentral von oben vorgegebenen Planwirtschaft in den "realsozialistischen" Ländern - von den demokratischen Institutionen gesteuert werden soll, wird zurecht als Mammutaufgabe bezeichnet. Der Shareholder-Einfluss vor allem in den Groß-Betrieben soll zurückgedrängt, aber offenbar nicht abgeschafft werden - durch demokratische "Rahmenplanung". Dazu gehört auch, (lebens-)wichtige Dienste in öffentliches Eigentum zu überführen, unter Hinweis auf die Grundgesetz-Forderung "Eigentum verpflichtet".

Globalisierungsaspekte werden hier nur kurz gestreift; es wird auf die Regionalisierung der Lieferketten und Einhaltung der Menschenrechte hingewiesen, aber auf ein detaillierteres Konzept nicht eingegangen.

Für den GND wird, einem Literaturzitat folgend, allein für Deutschland eine Investitionssumme von 1,5 - 2 Milliarden Euro in 10 Jahren gefordert (S.74). Die Kosten des Nicht-Handelns, so wird einige Seiten später ausgeführt, lägen noch höher. Das riecht nach der systemkonformen Argumentation, der GND sei aus Gründen der Kosteneffizienz zwingend. Diese (auch wieder nicht durchgerechnete) Behauptung bewegt sich im Dunstkreis der konventionellen Ökonomie und steht im Widerspruch zur ansonsten geübten Distanz gegenüber dem Mainstream.

Bei der Frage des Aufbringens dieser Summe werden qualitativ oder in groben Zahlenangaben allerlei Quellen der Umverteilung herangezogen. Das sind Sonderabgaben für Firmen und Reiche, intensive Besteuerung (z.B. auch für Vermögen) und die Umlenkung von Subventionen, auf jeden Fall die Vermeidung

von Zahlungen zugunsten von Dividendenausschüttungen in Unternehmen, wie sie in der Pandemie vorgekommen sind.

Bei ökologischen Schäden soll das Verursacherprinzip gelten. Diese Internalisierung bisher als extern behandelte Kosten (d.h. die Unternehmen haben sie bisher nicht in ihrer Kostenrechnung berücksichtigt, so dass sie zu keiner Schmälerung der Profite beigetragen haben) wird allerdings nicht näher betrachtet, also auch nicht die Frage, ob und in welchem Umfang dieses Prinzip die Profitabilität der Firmen reduziert, möglicherweise bis zur Insolvenz, also eine massive Rezession auslöst. Dieses Problem, das in eine dauerhafte Wirtschaftskrise münden und alle Überlegungen zur "Umverteilung" zunichtemachen könnte, wird weitgehend ignoriert, auf gar keinen Fall gelöst.

Die Schuldenbremse ist natürlich keine Option, und auch die Finanzmärkte sollen entmachtet werden. Weil Riexinger für letzteres in der neoliberalen Gralshüterschaft der EU eine Barriere sieht, fordert er die "demokratische Neugründung eines sozial-ökologischen Europas" (S.82). Den Weg dorthin will er durch geeignete Einstiegsprojekte auf nationaler Ebene beginnen, die aber allenfalls grob skizziert werden.

Die Frage nach globaler Gerechtigkeit darf natürlich nicht fehlen. Zwar wird eingeräumt, dass die für den Norden vorgeschlagenen Ziele keine Blaupause für den Süden sein können, aber es werden für diesen Süden keine konzeptionellen Ansätze entwickelt und damit auch keine Rückkopplungen auf die Situation im Norden thematisiert, so dass dieser Aspekt in dem Buch als reiner Platzhalter angesehen werden muss.

Im 3. Kapitel werden die Akteure benannt, die sich einem GND widersetzen, weil sie Einbußen an Geld und Macht befürchten. Die besondere Sorge gilt zögerlichen gewerkschaftlich orientierten Kräften, die den GND als Ablenkungsmanöver weg von den sozialen Interessen der Arbeitnehmer sehen. Ihnen versucht Riexinger klarzumachen, dass diese Sicht falsch und ein Schulterschluss zwischen Gewerkschafts- und Klimabewegung empfehlenswert ist, zumal auch in dieser die sozialen Aspekte keineswegs ignoriert werden. Zur Verdeutlichung der gewerkschaftlichen Ambivalenz verweist er auf die IG Metall mit ihrem Vorsitzenden Hans-Jürgen Urban auf der einen Seite und Betriebsräten auf der anderen Seite, die z.B. Abwrackprämien und Kohlekraftwerk-Erhaltung fordern und recht blauäugig auf der Position ihres Managements verharren. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er solch kurzsichtiges Verhalten nicht für zukunftsfähig hält, und nennt die Notwendigkeit neuer Bündnisse aus unterschiedlichen Milieus eine "verbindende Klassenpolitik". Dafür verzichtet er auch auf das Stellen der "sozialistischen Systemfrage". Das werde sich von selbst ergeben, wenn erst einmal genug Menschen "in Bewegung" seien. Andererseits müsse die Linke benennen, "was alles geändert und auf den Kopf gestellt werden muss" (S. 101). Das ist zumindest ein Spagat, vielleicht auch ein Widerspruch.

Die Frage nach Zwischenschritten auf dem Weg der Transformation könnte auch für das allgemeine GND-Thema interessant sein, läuft hier aber eher auf parteitaktische Überlegungen hinaus, also z.B. hinsichtlich Mitregieren oder Erkämpfen kleinerer Fortschritte für die Klientel. (Riexinger legt den Fokus eher auf die thematische Hegemonie-Erlangung als auf die Rolle einer "Regierungspartei im Wartestand".)

Vor allem über Einmischungen im Alltag will er die Basis verbreitern - für die Partei, aber auch für die Anliegen der Partei.

Man verfüge über eine "kohärente wirtschaftspolitische Alternative", heißt es an einer Stelle (S. 114). Eine solche wäre auch für das Thema GND / SÖT sehr wünschenswert, denn genau die fehlt dort, und das blockiert die Transformation in viel stärkerem Maße, als es den meisten durchaus engagierten Streitern bewusst ist. Jedoch erscheint dieser Anspruch zumindest für das vorliegende Buch doch etwas zu hoch gegriffen. Zwei Aktivisten der Linkspartei haben vor kurzem mitgeteilt, dass sie sich aus ihren (Bundestags-)Funktionen zurückziehen, weil sie innerhalb der Partei das kompetente und ernsthafte Bemühen um ökonomische Themen vermissen. Wenn diese Einschätzung zutrifft, wäre das auch für das Vorantreiben der - für alle! - so dringlichen sozial-ökologischen Transformation ein Manko.

Rolf Oesterlein, 20.4.2021

Erscheinungsdatum: 17.3.2020

Manfred Folkers / Nico Paech: "All you need is less" Eine Ökonomie des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Nach 8 Jahren und einem kleinen Diskussionsbuch mit Erhard Eppler veröffentlicht Nico Paech ein neues Buch, zusammen mit dem deutschen Buddhisten Manfred Folkers, den er aus Oldenburg seit einiger Zeit kennt. Solchen Berührungspunkten ist ein "*Vorgespräch*" gewidmet, ehe dann die beiden Autoren jeweils einen ca. 90 Seiten starken eigenen Teil verantworten, dem dann noch ein "*Nachgespräch*" folgt.

Folkers ist ein (zertifizierter) Lehrer des Dharma, der buddhistischen Lehre, und leitet die Forderung nach Suffizienz aus dem Versuch des Buddha ab, die Leiden der Menschen zu erkennen, zu analysieren und Hinweise zu ihrer Überwindung zu geben. Er sieht in Buddhas gewonnenen Erkenntnissen ein philosophisches Gerüst, das noch keineswegs eine Religion darstellt, sondern mit entsprechenden Elementen gefüllt werden kann, aber nicht muss - und auch z.B. durch Agnostiker zu verwenden ist. Die buddhistische Ausgangsidee ist allerdings nicht einfach zu verstehen: der Kern eines jeden Wesens ist leer, ohne jegliches Element einer Eigenständigkeit, weil es nur als Bestandteil des universellen Ganzen bestehen kann. Der Gedanke wird nicht näher ausgeführt und ist für die Botschaft des Autors wohl auch nicht zwingend.

Als Leidensursachen hat Buddha Verhaltensweisen erkannt, die er mit Gier, Hass und Verblendung benannt hat und die, je nach Situation, mit zahlreichen anderen Vokabel-Triplets umschrieben werden können (z.B. Begehren, Abneigung, Täuschung oder Verlangen, Aggression, Leugnung). Aus Sicht des Autors wurde das "Goldene Zeitalter" der Zivilisation, vor dessen Zerstörung wir stehen, ebenso durch diesen Dreiklang hervorgerufen wie dessen aktuelle Bedrohung. Das ökonomische

Wachstumssystem nennt er "*Gier-Wirtschaft*", die "Verblendung" äußert sich in Form von "*Folgenleugnung*"; Aggressionen als Ausprägungen des Hasses richten sich gegen die Konkurrenten in der Wettbewerbsgesellschaft. Da die Menschen mit ihren fehlgeleiteten Motiven das "gefährliche" System geschaffen haben, ist es auch an ihnen, es zu überwinden. Zitiert wird Gandhi: "*Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.*"

In der Folge werden auch außerhalb der ökologischen und sozialen Aspekte liegende Verhaltensweisen in der aktuellen Wirtschaftsordnung durch Bewertung anhand buddhistischer Termini kritisiert (*Achtsamkeit, Rückbesinnung, Gleichmut, Entschleunigung, gesunder Klarsicht* u.v.a.). Es werden Strategien zur Befreiung von den Zwängen empfohlen (z.B. Meditationsübungen). Gegenüber anderen Menschen wird dazu geraten, einfach "*absichtslos das Beste zu tun*" - ohne Zwang und Druck, im solidarischen Miteinander.

Dass ein schlüssiges ökonomisches Konzept jenseits des Wachstumszwangs fehlt und eine dringliche Notwendigkeit zu seiner Entwicklung und Einführung besteht, wird deutlich ausgesprochen. *Natürlich werden die Buddhisten das nicht selbst leisten können. Jedoch könnten ihre Überlegungen im psychologischen und soziologischen Bereich des Gesamtproblems durchaus hilfreich sein.*

Nico Paech firmiert im Klappentext als Vertreter der "*Pluralen Ökonomik*", geht aber im Grunde auf diese Ebene des Postwachstumsproblems überhaupt nicht ein. Nach seinem Credo ist die Politik mit Vorbereitung und Durchführung einer durch Suffizienz getriebenen ökosozialen Transformation völlig überfordert. Helfen kann nur eine ständig anwachsende, sich aus der Nische emanzipierende Zahl von Individuen, die ihr Leben konsequent, ohne Illusionen und Selbstbetrug, auf Suffizienz "umstellen", bis die Mehrheit zu ihnen überläuft, angetrieben durch moralischen Rechtfertigungszwang, *der im Text recht forscht, aber auch ziemlich eklektisch und keineswegs lückenlos aufgebaut wird.*

Zunächst wird erläutert, wieso es ohne Suffizienz nicht geht. Die immer noch vielerorts propagierten Modelle, die offen oder heimlich die Beibehaltung des "Wohlstands" (gemeint ist immer der materielle) nahelegen, werden zurecht ad absurdum geführt. *Das ist zwar schon einige Male passiert, kann aber angesichts der Renitenz der verschiedenen restaurativen Kräfte zur Erhaltung der "imperialen Lebensweise" nichts schaden.* Hingewiesen wird auch auf den Aspekt, dass die innovationsgetriebenen Hoffnungen völlig von allen Realitäten der Gegenwart losgelöst sind und dass dadurch an die Stelle nüchterner Analyse schwärmerischer Glaube tritt (S. 131).

Kulturkritisch wird vermerkt, dass der Freiheitsbegriff in jüngerer Zeit (*m.E. durchaus auch früher, wenn nicht schon immer, vgl. z.B. Auslöser der frz. Revolution*) von der Abwehr von Unterdrückung zur Forderung nach Verfügbarkeit von Konsum gedriftet ist (ambivalentes Beispiel: DDR & Reisefreiheit). Gesteuert wird dies offenbar vom herrschenden neoliberalen Wirtschaftssystem, das für den Wachstumszwang auch den Konsumzwang braucht. Moralische Bedenken (wg. fehlender Nachhaltigkeit) werden mit vereinten Kräften durch Übertünchung weggeräumt; das Kreuzfahrtschiff benutzt Energiesparlampen, und es blüht ein reger Ablass-Handel wie im Mittelalter, hier rein symbolisch für das moralische Feel-good, natürlich ohne die Nachhaltigkeit

zu retten. Und alles immer additiv, ohne irgendeine (Konsum-)Freiheit einzuschränken.

Suffizienz als *"ersatzlose Unterlassung"* (S. 144f) ist die Antwort auf

- die *Verantwortung* für eine die Umwelt massiv schädigende Wohlstandsaneignung
- die fehlende *Legitimität* für die räumlich und zeitlich entgrenzten Ansprüche
- die schwindende *Resilienz* angesichts der stresshaft zunehmenden Fragilität der Versorgungssysteme
- die fehlende *Sinnhaftigkeit* der fortgesetzten Wohlstandsanhäufung

Bezüglich des Konsumzwangs weist Paech nun (S. 146-171) auf einen Aspekt hin, *der meines Wissens noch nicht woanders ähnlich deutlich problematisiert worden ist*. Die fortgesetzte Überhäufung mit Konsumangeboten setzt den Konsumenten zusehends unter Zeit-Stress. Ähnlich wie die natürlichen Ressourcen des Planeten sind auch die Zeit-Ressourcen des Individuums begrenzt und nicht vermehrbar. Jedem Konsumobjekt muss ein Mindestmaß an Zeit gewidmet werden, sonst wird sein Besitz sinnlos. Verweilt man aber zu lang, versäumt man anderes. *Möglicherweise hat diese Zwangslage zur bereits häufig konstatierten geringen "Aufmerksamkeitsspanne" von Jugendlichen gegenüber auch komplexeren Themen geführt.*

In diesen Zusammenhang hätte auch die Verbalinjurie "Konsumidiot" recht gut gepasst, mit der seit einem halben Jahrhundert die unreflektierte Gefolgschaft für kapitalistische Rattenfänger kritisiert wird, eine Mentalität, mit der Menschen selbst Ereignisse, die Mitarbeit zwingend erfordern (z.B. Reha-Aufenthalte in einer Klinik), zu ihrem eigenen Schaden nur passiv "konsumieren". Genau diese Haltung wird ja auch den sozialökologischen Notwendigkeiten, wie Paech zurecht beklagt, in starkem Maße entgegengebracht. Dabei müsste man umgekehrt, selbst wenn keinerlei ökologische und ressourcenmäßige Probleme bestehen würden (reines Gedankenexperiment!), das aktuelle Wirtschaftssystem allein schon wegen seines Konsumzwangs überwinden, und dazu ist Paechs Suffizienzansatz zweifellos ein individuell anwendbares, erfolgversprechendes Mittel.

Offen ist bisher die Frage, welches "Genug!" denn quantitativ das richtige und erforderliche ist, um die ökologischen Randbedingungen einzuhalten. Im nächsten Kapitel werden einige Überlegungen zur (internationalen) Gerechtigkeitsfrage angestellt. *Sie sind aber leider sehr rudimentär und wenig aussagekräftig*. Die Erkenntnis, dass Einzelaktivitäten nicht isoliert, sondern nur im Gesamtkontext auf ihre Nachhaltigkeitsauswirkungen eingeschätzt werden können, *ist richtig, aber längst bekannt*. *Dass man aber Kontingente nicht auf Staats-, sondern nur auf individueller Ebene verhandeln könne, leuchtet nicht ein.*

Im Folgenden werden wieder einige Greenwashing-Apologeten attackiert, aber auch die gemeinen Vertreter des (Wahl-)Volkes mit ihrer in vielen Situationen sich demaskierenden Doppelmoral und ihrem Hang zur Verantwortungsflucht. Zur Eingrenzung des "Genug!" wird unterschieden zwischen (legitimen) *Grundbedürfnissen* und *"dekadentem Luxus"*. Gerade bei letzterem entstehen die ökologisch ruinösen Prozesse mit wachsender Dynamik (S.183). Beispiele für *"abgehobenen Hedonismus"*: *Flugreisen, Kreuzfahrten, Plastikverpackungen, Ski-Urlaub, Neubau von Wohnhäusern, digitale Endgeräte, PKW, Schönheitschirurgie, Wellnesskonsum, technisierte Freizeitgestaltung* werden angeführt, ohne nähere quantitative Betrachtungen. Beide Kategorien der Ressourcennutzung konkurrieren,

u.U. um die gleiche Ressource (z.B. Strom) und sind natürlich unterschiedlich "ökomoralisch" zu bewerten.

An dieser Stelle kritisiert Paech (*zurecht*) die konzeptionsschwache staatliche Energiepolitik, rät seinen Suffizienz-Überzeugten in der Nische aber nicht zu politischem Rabatz und erkennt auch nicht den *Fehler*, die politische Bühne zu ignorieren und anderen zu überlassen. Stattdessen attackiert er umgekehrt Polit-AktivistInnen ohne private Suffizienz-Correctness und *betreibt damit, vermutlich ungewollt, das Geschäft der hartnäckigen Öko-Ignoranten in den Chef-Etagen, die genau das Gleiche tun*. Dass über die Verhältnismäßigkeit von Ansprüchen debattiert werden muss, *ist hingegen nicht zu bestreiten*.

Es werden nun noch ein paar individuelle Umsteuerungsaktivitäten beschrieben, auch solche, die nicht ganz kurzfristig realisiert werden können (z.B. Verringerung Wohnraumbedarf durch Verkauf von Immobilien). Andererseits werden technologische Verbesserungen (bei Energie, Mobilität usw.) mit dem Killerargument desavouiert, man könne ja vollständig verzichten, dann entfalle der Technologie-Einsatz; eine Überprüfung der Auswirkungen auf mögliche Rechtfertigung - wie oben beim Strom für Krankenhäuser (Grundbedürfnisse) oder Luxus - findet plötzlich, aber *unzulässigerweise* nicht mehr statt.

Und dann (S. 192) werden drohende Verluste von *"Karriere- und Einkommensquellen"* *allen Ernstes als lässlicher Effekt verhöhnt - so wie im ganzen Buch durch den Ökonomen Paech der Aspekt der durch seine Vorschläge möglicherweise drohenden Existenzgefährdung mit keinem Wort problematisiert wird, ein Versäumnis, das den gesamten Text infragestellt. Es geht eben nicht einfach nur um den "Mut zum Unzeitgemäßen" (S. 193).*

Nun wird ausführlicher auf die Situation der Politiker eingegangen, die sich einem widersprüchlichen Wahlvolk mit der Maxime "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" gegenübersehen. Es gibt da nichts zu beschönigen: *"Mehrheitsfähig ist, was in den Abgrund führt."* Aber daraus abzuleiten, dass *"wachstumskritische Transformationsentwürfe Zeitverschwendung"* seien, *ist ein gravierender Denkfehler (oder die Faulheit der - auch pluralen - Ökonomen?)*. Paech befürchtet, dann würde die Mehrheit *"auf Godot warten"* und keine Suffizienz praktizieren. *Aber das tut sie - laut Paech - doch ohnehin? Es ist eine rein willkürliche Behauptung, es könne nicht beides gehen, Polit-Aktivismus und persönliches Streben nach Suffizienz; das beißt sich überhaupt nicht, weder auf der persönlichen noch auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene.*

Wenn der Fokus allein auf der individuellen Ebene verharrt, hätte man sich für diese einiges an Hilfestellung erwarten können. Es ist ja nicht so, dass alle zu begutachtenden Verhaltensweisen - die persönlichen wie öffentlichen - allesamt problemlos in "Basics" und "Luxus" einzuteilen wären oder der ökologische Fußabdruck oder andere Kontingentierungen für den Einzelnen a priori bekannt wären. Es könnten da eine Menge Bezugsgrößen und Messlatten erarbeitet werden, etwa eine Art kommentierte Check-Liste. Nichts davon ist in Sicht. Laut Paech sollen die um Suffizienz bemühten Individuen "in formeller Handlungsfreiheit ...ein zwischenmenschliches Regulativ ...rekultivieren", das so etwas wie "ökologischen Anstand" hervorbringt. Von "oben" könne Suffizienz nicht kommen. Die argumentationslose Einführung von Axiomen übersieht die Gefahr, dass sie falsch sind; dieses ist falsch. Man möge einmal arme und Sozialwissenschaftler fragen, woher

die unfreiwillige "Suffizienz" dieser weltweit immer noch dominanten Bevölkerungsgruppe stammt.

Paech propagiert eine Elite von Suffizienz-"Pionieren", eine "Avantgarde", die die Suffizienz-Prinzipien (obwohl sie nirgends geschrieben stehen) perfekt und ohne jedes Schwächeln vorzuleben hat - sonst hat sie im öffentlichen Diskurs nichts zu melden, es wäre "Scharlatanerie". *Das ist, wie schon erwähnt, die gleiche verdrehte Argumentation wie bei vielen Greenwashern, die im eigenen persönlichen Bereich zwar keinen Finger rühren, sich aber in jenem ihrer Kritiker zum Korinthenkacken einnisten.*

Die Daseinsberechtigung seiner Avantgarde sieht Paech (S. 203) in der Schaffung einer **"verallgemeinerbaren Problemlösung"** für den ökologischen System-Crash, natürlich technologie- und institutionenunabhängig (*also: technologiefrei und frei von demokratischen Mehrheitsentscheidungen*); angeblich sind die Pioniere die **"Lebensversicherung"** für ihre heutigen Kritiker. *Woher er diese Zuversicht nimmt, bleibt rätselhaft. So vermessen sind nicht einmal die Prepper. Könnte es sein, dass bei einem System-Crash gerade wegen fehlender oder schwacher Institutionen jede Infrastruktur und staatliche Autorität zusammenbricht, so dass - unter völliger Ignorierung der Suffizienz-Avantgarde - eine rational agierende Öko-Diktatur das geringere Übel wäre im Vergleich zu einem drohenden Chaos mit einer lokalen oder internationalen Gewaltspirale, getriggert von Warlord-Banden oder Massenvernichtungswaffen? In der schriftlichen und filmischen Literatur gibt es einige apokalyptische Inszenierungen zu solchen Vorstellungen, die aber allenfalls geeignet sind, Druck auf die Handelnden der Gegenwart auszuüben.*

Das will Paech auch, aber nicht auf der Ebene der Institutionen, sondern mit seinen "Suffizienz-Sportgruppen". Die Pioniere sollen ihre Belastbarkeit trainieren: *"Hierzu bietet es sich an, adäquate Orte und Plattformen zu erschließen, um gemeinsam mit anderen Übungsprogramme der Reduktion und Verweigerung zu initiieren."* (S. 207). Und weiter (S.208): *"Zuweilen sind die Pioniere ethisch engagiert, durchsetzungsstark, eigensinnig oder von einer besonderen Bestimmung oder Idee beseelt, der sie zielstrebig und risikobereit folgen. ... Sie ebnen den Weg dafür, dass die Kohorte mit der nächsthöheren Übernahmeschwelle (frühe Adopter) aktiviert wird."* Angestrebt werden **"Brutstätten für suffiziente Daseinsformen"**; anfangen sollte man, wo **"materielle Knappheit"** herrscht, z.B. in **"bestimmten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern"**. Und danach gilt: Seid sesshaft und mehret euch, damit die **"suffiziente Lebenskunst"** nicht ausstirbt (bevor der Crash eintritt)!

Viele Bewegungen hätten klein angefangen, rechtfertigt Paech seinen Ansatz. *Das sagen auch die meisten Sektengründer zu ihrer Klientel und bleiben dann doch im Sektierertum stecken.*

Im Schlusswort bringt Paech sein **"formell anarchistisches"** Konzept noch einmal auf den Punkt: jedes Individuum dürfe aufgrund der aktuellen Gegebenheiten mit seiner **"materiellen Freiheit"** eine Obergrenze nicht überschreiten, was mit einem **"maßvollen Wohlstands- und Technologie-Boycott"** erreicht werden solle. *Dieser Zielsetzung kann man kaum fundiert widersprechen. Aber warum übersieht der Autor, dass dazu eine private Suffizienz-Orientierung nicht ausreicht? Dass dem Einzelnen die Kenntnis darüber fehlt, wo diese Obergrenze, dieses "Genug!" für alle Arten menschlicher Tätigkeiten in der Allgemeinheit und privatissime liegt, in einer für ihn transparenten Maßeinheit übrigens? Und dass er sie sich auch nicht mit anderen Gleichgesinnten halbwegs zuverlässig*

bestimmen kann? Aber Paech liefert nicht. Er beschränkt sich auf einige wenige, zufällig ausgewählte Fallbeispiele mit rein qualitativen Aussagen.

Am ärgerlichsten jedoch ist, dass der Ökonom nicht realisiert, dass jede Gesellschaftsordnung eine Ökonomie **hat**, so wie jeder Tag ein Wetter, aber nicht irgendeine braucht, sondern eine passende. Und die aktuell herrschende ist sicher nicht die richtige. Seine "Avantgarde" wird dieses Problem nicht lösen, wenn er (wie andere Ökonomen auch) sie und alle anderen hängen lässt. Wenn die materiellen Boykotteure (was ja wünschenswert wäre) die Nische verlassen und in die Relevanz der "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" (VGR) eindringen könnten, ginge es schon los: ähnlich wie z.B. bei einem flächendeckendem Verbot von geplanter Obsoleszenz würden nicht nur die Mainstream-Ökonomen die aufgrund der sinkenden Wertschöpfung heraufziehende Rezession beklagen; es würden sein Heulen und Zähneklappern (Insolvenzen, Arbeitslosigkeit, Steuerausfälle, sozialer Kahlschlag, Existenzgefährdung), auch bei den Pionieren in Meck-Pomm. Noch vor der Klimakrise käme eine ökonomische Krise übelsten Ausmaßes, die zu einer massiven politischen würde, mit zweifelhaften Entwicklungen am rechten Rand des politischen Spektrums. Könnte es nicht sein, dass die Politiker gar nicht wegen mangelnder Wähler-Unterstützung zögern (auf die haben sie z.B. bei Privatisierungen im Gesundheitssystem auch nie gewartet), sondern weil ihnen kein Wissenschaftler einen Ausweg aus dem drohenden Rezessions-Alptraum aufzeigt?

Seit 8 Jahren verharret Nico Paech auf einem Postwachstum-Szenario, das über grobe Ansätze nicht hinauskommt, geschweige denn auch nur annähernd abschätzt, ob es überhaupt funktioniert. Modellgestützte Berechnungen gar über Möglichkeiten, Alternativen und Detaillierungen sind nicht in Sicht, obwohl es seit drei Jahren dank der Dissertation von Christoph Gran eine an die deutsche VGR adaptierte Modellierung gibt (Doktorvater: Paech!). In einer Veranstaltung der Hamburger "Klimaliste" am 30.4.2021 hat er auf Nachfrage diese Arbeit als "bedeutungslos" desavouiert mit der argumentationsfreien Behauptung, man könne aus solchen Berechnungen keine Erkenntnisse gewinnen. Wenn die Klimaforscher so argumentieren würden, wüssten wir heute nicht, wo wir stehen. Zugegeben, sie haben Jahrzehnte für die Annäherung an verlässliche Ergebnisse benötigt. Und vielleicht hinken die Ökonomen mit ihrer Mathematik-Phobie ja noch weit hinter brauchbaren Simulationen her - aber die Annahme, sich um derlei Fragestellungen dank der Forderung nach "Suffizienz-Fitness" herumdrücken zu können, ist erschreckend naiv. So geht sozial-ökologische Transformation garantiert nicht.

Im "Nachgespräch" deutet Paech einerseits an, dass seine Avantgarde im Krisenfall, wenn alles zusammenbricht, für sich und als "Rettungsinseln" auch für die Allgemeinheit ein unabhängiges, autarkes und dezentrales Versorgungssystem aufgebaut haben wird. Andererseits schreibt er (S. 221): "Für mich muss die Ökonomik zu einer Überlebenswissenschaft werden, sonst ist sie überflüssig. Das heißt, sie muss Selbstbegrenzung und Genügsamkeit zu ihren Leitkonzepten werden lassen." Richtig! Aber warum bloß arbeitet der Ökonom Paech, der nach wie vor einer der kompetentesten und konsequentesten Streiter gegen den Ökozid ist, genau daran **nicht**?

Fazit: Das Buch über das "Genug!" ist - bei weitem - nicht genug.

Rolf Oesterlein, 1.3.2022

Erscheinungsdatum: 17.3.2020

Christian Berg: Ist Nachhaltigkeit utopisch? Wie wir Barrieren überwinden und zukunftsfähig handeln

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Einleitung:

Dennis Meadows hält das Erreichen von **Nachhaltigkeit** nicht mehr für möglich, da Ziele irreversibel verpasst worden sind (Artenvielfalt: Tierarten sind ausgestorben). Realistisch sei nur noch "Resilienz-Denken" zum Zweck des Überlebens. Christian Berg beharrt auf dem Nachhaltigkeitsziel als Ideal, dem man sich aber vielleicht nur "annähern" könne, weshalb er es hier als Utopie zur Debatte stellt. Das könnte allerdings ein reines Definitionsproblem sein ohne Divergenz in den Positionen [23].

Dass schon Tempolimits als "Öko-Diktatur!" verunglimpft werden, könnte darauf hindeuten, dass es ohne eine solche nicht abgehen wird - die liberale Demokratie als fundamentales Nachhaltigkeitshindernis. Freiheit muss jedoch auch die Demokratie - und kann sie auch! - einschränken, wenn die einen Gruppen die anderen beeinträchtigen (Raucher versus Nichtraucher); das gilt auch global, auch gegenüber zukünftigen Generationen. Natürlich "stören" auch bei einer gutgemeinten Öko-Diktatur die bekannten Nachteile einer Diktatur [25]. Nur: die Demokratie könnte, aber sie tut's nicht. Die Falschen haben die Macht (Lobbykraten und wählende Ignoranten).

Der ständig von Thema zu Thema hüpfende "Krisenfokus" der Öffentlichkeit verstellt den Blick auf komplexe Zusammenhänge schleichender Katastrophen, insbesondere auf die Nachhaltigkeitsbarrieren [30]. Der "Phasenübergang" zur Nachhaltigkeit erfordert die Betrachtung vieler Dimensionen und Parameter gleichzeitig, durch viele unterschiedliche Akteure [35].

Bei komplexen Systemen ist nicht einfach zu durchschauen, welche Akteure welche Entscheidungen treffen und umsetzen können. Auch ihr Zusammenwirken ist komplex (z.B. Abhängigkeit von Stakeholdern) [38f]. Ebenso gibt es Probleme bei Regeln; wegen ihrer Beschränkung auf Allgemeingültiges klären sie meist nicht im Detail, welche Alternative von mehreren die bessere ist.

Anschließend [42] wird mit zahlreichen Zitaten die Brundtland-Definition von Nachhaltigkeit diskutiert: Bedürfnisbefriedigung für die aktuelle Generation ohne Schädigung der Bedürfnisse nachfolgender Generationen. Die meisten Kritiken an der Nachhaltigkeitsdefinition sind zwar berechtigte Hinweise, verkennen aber, dass diese grundsätzlichen Formulierungen nur wegweisend sein können, aber noch der Spezifizierung und der Bereinigung zahlreicher Zielkonflikte bedürfen. Gerade darin steckt der Arbeitsaufwand, der noch zu leisten ist. Selbst die 17 Ziele der UN mit den 169 Unterzielen sind noch keine Handlungsanweisung, die alle Zielkonflikte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit auflöst. Vielleicht sind gar nicht alle 17 Ziele koexistierend möglich, obwohl sie allesamt als wünschenswert erscheinen. Es ist im Übrigen auch

einfacher zu beschreiben, was nicht nachhaltig ist, als das, was uneingeschränkt zur Nachhaltigkeit führt.

Die Warnung, nicht zu leichtfertig Entwicklungen als nachhaltig anzuerkennen, ist berechtigt: die Gefahr überraschender, nicht vorhergesehener schädlicher Nebenwirkungen ist groß, wie man an vielen (vermutlich) gutgemeinten, aber misslungenen (Entwicklungs-)Projekten erkennen kann [49f]. Deshalb sieht der Autor den utopischen Charakter der Nachhaltigkeit nicht als Bremse, sondern als Ansporn.

Teil 1: Nachhaltigkeitsbarrieren

A. intrinsische Nachhaltigkeitsbarrieren

1. Barrieren der physischen Wirklichkeit

Der "**Erntefaktor**" (EROI) gibt an, das Wievielfache an Energieeinheiten der Einsatz von Primär-Energie bringt: beim Öl ist er - ohne Klimateffekt-Berücksichtigung - von 1999 bis 2006 von 35:1 auf 18:1 gesunken; Tendenz weiter abnehmend. Je mehr sich der Faktor 1:1 nähert, desto näher ist das Ende des Wachstums, weil Energie die entscheidende Größe unserer Industrie-Gesellschaft ist [65ff].

10:1 gilt als ökonomisch notwendig; einige Erneuerbare (Photovoltaik) liegen tiefer, könnten aber durch technische Verbesserungen gesteigert werden.

Auch die Rückgewinnung von "verwandelten" Stoffen (**Recycling**) gelingt nie vollständig, und daher gibt es auch keine perfekten **Kreisläufe**. Es ist auch keineswegs unbegrenzt Energie verfügbar (2. Hauptsatz der Thermodynamik). Von den durch die Theorie grundsätzlich vorgegebenen Grenzen sind die meisten Länder - auch fortschrittliche - noch weit entfernt, also in der Effizienz viel schlechter. Die offiziellen Recycling-Quoten (in D. z.B. 66% des Hausmülls) sind in mehrfacher Hinsicht manipuliert, z.B. weil ins Ausland exportierter Müll dazuzählt, obwohl er dort gar nicht recycelt wird. *Ebenso gilt Müllverbrennung als Recycling, wenn aus dieser - auf nicht nachhaltige Weise - Energie gewonnen und einer Nutzung zugeführt wird; aber es entstehen keine Produkte, die neue Produkte entbehrlich machen, was die Definition von Recycling verlangt.* Rückstände wie der Reifenabrieb auf Straßen können überhaupt nicht genutzt werden. Seltene Erden, deren Verbrauch gerade stark wächst, können zu weniger als 1% in wiederverwertbarer Form zurückgewonnen werden. Recycling kann verbessert werden, benötigt aber viel Energie. Das gilt auch für die Primärenergiebeschaffung, und das bedeutet einen niedrigen ELOI. Das "Take-Make-Waste"-Wirtschaftssystem ist an seinem Ende angelangt [69ff].

Niedrige Recycling-Quoten führen beim Rohstoff-Müll zu Umweltschäden, deren Beseitigung wiederum Energie erfordert, was durch deren "unproduktive" Nutzung den zur Wirtschaftlichkeit notwendigen EROI weiter erhöht [72].

Als **Lösungsansätze** nennt der Autor an dieser Stelle: Ressourcenschonung, Vermeidung von Umweltschäden (immer effizienter als nachträgliche Reparatur), effiziente erneuerbare Energie.

2. Barriere Komplexität

Komplexe Systeme sind schwer prognostizierbar: Konsumenten können die ökologischen und sozialen Folgen ihres Konsums kaum umfassend voraussehen. Rückkopplungen, Interpendenzen, Nichtlinearitäten sind die Gründe dafür. Ursache und Wirkung lassen sich oft nicht trennen, weil die Wirk-Ketten immer länger und verwickelter werden. Viele menschliche Eingriffe in komplexe Systeme erreichen das Gegenteil des beabsichtigten Effekts [Beispiele 75f]. Komplexität ist eine Barriere für Nachhaltigkeit, weil Erkenntnisse schwer zu vermitteln (Unverständlichkeit führt zu Populismus), häufig unsicher und deshalb leicht anzuzweifeln sind [77f].

3. Kognitive Barrieren [80ff]

Für viele Menschen schwierig sind z.B. der Umgang mit exponentiellen Funktionen (dafür werden Beispiele genannt) und die Tatsache, dass viele Nachhaltigkeitsparameter nicht sensorisch wahrzunehmen sind, sondern gemessen oder gar berechnet werden müssen: Zeitskalen sind länger als Menschenleben; Biodiversität, CO₂, Mikroplastik-Verteilung *bis in die Arktis* sind nicht unmittelbar erfahrbare, komplizierte Rechenmodelle schon gar nicht.

Zu den **Lösungsansätzen** zählen verbesserte und verstärkte Bildungsansätze [z.B. *Öko-Prüfung beim Führerscheinerwerb*]. Die Vorschläge basieren z.T. auf der Arbeit des Kybernetikers Frédéric Vester [*Ökopololy*]. Die zu vermittelnde Grund-Erkenntnis: in komplexe Systeme sollte nur mit großer Vorsicht eingegriffen werden.

4. Moralische Barrieren (Gier, Egoismus, Ignoranz,)

Der Autor weist auf den (scheinbaren) Widerspruch zwischen systemischen und moralischen Ursachen der Finanzkrise hin. (*Vergisst aber zu erwähnen, dass es auch unmoralische Systeme gibt, die nicht auf Zufall, sondern bewusster Aufrechterhaltung fußen*) [90ff]. Im **Lösungsansatz** wird Christian Felbers Feststellung zitiert, dass der Kapitalismus genau die Untugenden lehrt, die im Privatleben verpönt sind: Egoismus versus Hilfsbereitschaft, spießiger Eigennutz versus Großzügigkeit usw. [93f].

5. Barriere "Value-Action-Gap"

Man tut nicht, was man aufgrund seines Wissensstandes tun sollte. Aufklärung ist notwendig, reicht aber allein nicht. Es braucht Druck in die richtige Richtung [95ff]. Störfaktoren sind: Kurzfrist-Denken (Schaden & Nutzen treten erst "später" ein); fehlendes Interesse; fehlendes Verantwortungsgefühl; fehlende Gelder / Zeit / Informationen für nachhaltiges Verhalten; wirtschaftliche & *die Bequemlichkeit störende* Nachteile; fehlende Expertise; gesellschaftliche und institutionelle Fehlanreize [97f].

Lösungsansätze:

- Preise mit internalisierten Umweltkosten dirigieren die Konsumenten in die richtige Richtung.
- Nachhaltige Produkte sollten auch die besseren sein bzgl. Zugänglichkeit, Bequemlichkeit usw. und im Angebot als Normalfall ("default") ganz vorne

stehen, mit Anreizen für die Nachhaltigkeit und Nachteilen ("Bestrafung") für das Gegenteil.

- Naturerfahrung fördern (*zweifelhaft: man fährt mit dem Auto ins Grüne, ohne dessen Zerstörung durch die Autofahrt zu realisieren; man müsste beides trennen, wie es z.B. die Touristen-Vereinigung der "Alpine Pearls" tut*)
- Handlungsoptionen schaffen
- Gewohnheiten ändern ("nicht uncool sein")
- moralische Autoritäten als Vorbilder

6. Barriere Zielkonflikte

Der härteste Zielkonflikt ist Ökologie versus Ökonomie & Soziales. Aber es gibt auch viele "kleinere", technische wie menschliche [101ff]; sie machen die Komplexität aus. "Gutes Leben" ist immer voller Zielkonflikte. Die angebotenen **Lösungsansätze** sind *entweder wohlfeil oder zu unkonkret*.

7. Soziale Barrieren

- Systemträgheiten kann man aufzubrechen versuchen: durch die Einbindung aller Stakeholder und möglichst vieler Aktivisten; die Benennung klarer Perspektive; die Bevorzugung von Anreizen gegenüber Verboten und idealerweise durch das Aufzeigen von Benefits [110ff].
- Die Grundbedürfnisse der Gegenwart dürfen bei der Gestaltung der Zukunft nicht ignoriert werden. Das führt bei den armen Ländern zu dem Problem, dass sie sich entwickeln müssen, dabei aber ihren noch günstigen Fußabdruck einbüßen können. Die reichen Länder müssen ihren großen Fußabdruck verringern und "nachhaltige Blaupausen" entwickeln. [121] Änderungspotential liegt z.B. in der Agrar- & Handelspolitik, aber auch in der Unterrepräsentation der armen Länder in den internationalen Institutionen. Armutsbekämpfung (Verweis auf Duflo & Banerjee, siehe dazu Literaturliste & Kommentar), Bildung, Bevölkerungswachstum werden als weitere Aktionsfelder genannt [125f].
- Fundamentalismus und Populismus werden als weitere soziale Barrieren genannt (*ohne dass letzterer präzise definiert wird*). Für den Diskurs mit "Kurzdenkenden" erschwerend wirken Vorsorgemaßnahmen, die schon jetzt ihren Preis haben. Bedient werden sollte das Bedürfnis nach Orientierung und Komplexitätsreduzierung. *Mit Worthülsen wie "Modernisierung der Wirtschaft" [136] wird man aber wohl nicht weit kommen.*
- Die negativen Auswirkungen von sozialer Ungleichheit, national und global, werden beschrieben [137]. Die **Lösungsansätze** stellen allgemeine Überlegungen über Gerechtigkeit und Fairness an und nennen konkret mehr Steuern (für Reiche), weniger Korruption und Wachstum (!) für arme Länder; der Zielkonflikt wird angedeutet, aber nicht behandelt.
- Interessengegensätze auf internationaler Ebene, verbunden mit asymmetrischen und durch Lobbyismus auch intransparenten Machtstrukturen, werden dargestellt, aber nicht aufgelöst.

B. Extrinsische Nachhaltigkeitsbarrieren [161ff]

1. Marktversagen

Kommt häufig vor, ist aber immer auch ein Politik-Versagen, weil diese die Rahmenbedingungen setzt (*typische Exkulpation der Neoliberalen zur Verteidigung ihrer nicht korrekt funktionierenden Ideologie*).

"Niemand glaubt daran, dass der Umgang mit der Natur allein den Kräften des Marktes überlassen werden kann." [163]

Sehr richtige Erkenntnis - aber gegen die "Übernutzung der Gemeingüter" folgt kein einziger handfester konzeptioneller Ansatz des Autors. *Hier müsste das entscheidende Abbiegen stattfinden, aber es erfolgt nicht.* Wohl wird, ohne den Begriff zu verwenden, die "imperiale Lebensweise" des Nordens kritisiert, auf die Schwierigkeit von Monitoring und Sanktionierung hingewiesen, aber auch unterstellt, die Länder des Nordens würden sich um ihre "Glaubwürdigkeit" im Nord-Süd-Konflikt sorgen und deshalb daran arbeiten.

Kritisiert wird die *Externalisierung von Kosten* zu Lasten der sozial Schwachen oder anderer Länder oder zukünftiger Generationen oder schlicht zu Lasten der Natur. Etliche Beispiele werden aufgeführt [173ff]. Außer der Abschaffung nichtnachhaltiger Subventionen und Einführung eines "nachhaltigen" Steuersystems werden keine konkreten **Lösungsansätze** genannt, das Thema wird aber in Teil 2 nochmals aufgegriffen (s.u.).

Es folgt ein Exkurs über die die problematische Dominanz ökonomischen Effizienzdenkens in allen möglichen Lebensbereichen.

2. Fehlen von Global Governance [191ff]

Die hier aufgeführten Defizite sind so vielfältig wie der Begriff schillernd und mäandernd ist. Ein internationales Rechtssystem zu fordern, eine Demokratisierung der Institutionen unter Ausschaltung der Machtkonstellationen - *das ist nicht falsch, aber vermutlich illusorisch. Der Weg zur Nachhaltigkeit wird sich auch international wohl nur über einen mühsamen Aushandlungsmarathon öffnen.*

Bei Industrie und ihren Lobbyisten ist Verlogenheit an der Tagesordnung: Exxon sind seit 1982 exakt zutreffende Prognosen für den CO₂-Gehalt der Atmosphäre bekannt (420 ppm für 2020), die gezielt ignoriert wurden. Auch der **Lösungsansatz** "Zivilgesellschaft" ist angesichts durch Lobbyisten gekaperter NGO's ambivalent. Statt verwässerter globaler Verträge sind Koalitionen der "Willigen" erfolversprechender. Mit moralisch gesteuerten Handelsrestriktionen - Nachhaltigkeitsaspekte wären da nur eine Kategorie unter vielen - könnten sie die Ideologie des "Frei"-Handels bekämpfen. *Doch wo sind diese Willigen auf internationaler Ebene? Kann sie jemand ausmachen unter der Meute der verlogenen Schurken?* Das Thema wird recht ausgiebig behandelt.

3. Zeitachse als Ausweichstrategie

Die Leute verweigern Maßnahmen zur Nachhaltigkeit im Interesse zukünftiger Generationen, weil sie den Vorteil im Heute haben wollen, also für sich. Sie setzen

Kinder in die Welt und fressen ihnen die Lebensgrundlage weg. Schon 2002 hat die Bundesregierung eine tolle "Nachhaltigkeitsstrategie" erarbeitet, aber ohne jede praktische Bedeutung [233]. Spätere Überarbeitungen führten nur zu Fristverlängerungen (zuletzt 2016).

4. Rechtliche Unverbindlichkeit

Den Zielen der "Nachhaltigkeitsstrategie" wurden keine ressortspezifischen Maßnahmen zugeordnet, dadurch auch keine Verantwortlichen bestimmt. Zumindest reaktiv könnte man von einem unabhängigen Experten-Gremium mit Veto-Recht alle geplanten Gesetze auf Nachhaltigkeit prüfen lassen, was aber u.U eine Verfassungsänderung erfordern würde. *Der asiatische Kleinstaat Bhutan hat übrigens schon vor Jahren eine solche Instanz eingerichtet.*

Die rechtliche Sanktionierung von Umweltschädigungen ist schwierig, weil diese konkreter sind als die Rechtsverletzung zukünftiger Leidtragender [239f]. Die "liberale" Gesellschaft erkennt individuelle Egoismen an, aber kein Gemeinwohl (*außer wenn auch den bornierten Betonköpfen der Elite der Boden unter den Füßen weggezogen wird*). Erschwerend kommt hinzu, dass unter ökologischen Gesichtspunkten der Fokus auf einem globalen Gemeinwohl liegen muss.

5. Ambivalenz der Technik [252ff]

Es gibt Institutionen für "Technikfolgenabschätzung", Studiengänge für "ethisch-naturwissenschaftliche Doppelkompetenz" - ohne Einfluss auf den bedrohlichen Weg ins Desaster. *Der Autor übersieht hier, dass es weniger um Kompetenzprobleme als um die Machtfrage geht. Die Lösungsansätze sind dürftig. Die (zurecht) beklagte fehlende Fachkompetenz der Öffentlichen Hand ist leicht zu überwinden, weil der Staat viel mehr Mittel hat oder sich beschaffen könnte als private Firmen, die von ihren Shareholdern ausgesaugt werden - man muss es nur wollen und darf den Staat nicht dem Trojanischen Pferd der Lobbykraten und ihrer willigen Politiker-Helfer überlassen. Außerdem spricht der Autor ständig vom "Markt", den er offenbar - trotz Abschnitt 1, siehe oben - für sakrosankt hält, als könne der Staat diesen, mit selbstbestimmtem Fokus, nicht ausbremsen.*

Die Fragmentierung des Wissens wie auch der Institutionen und Zuständigkeiten wird beklagt [263ff]. Dass Interdisziplinarität anzustreben sei, *ist richtig, sollte aber durch Kooperation nicht allzu schwierig zu erreichen sein; größere Firmen schaffen das auch.*

6. Barriere Zeitgeist: Beschleunigung & Kurzfrist-Denken

Zahlreiche Beispiele werden genannt [282ff]. Neben dem vordergründigen Geschwindigkeitsrausch ist die Ausdehnung des IT-Einsatzes der stärkste Treiber. Das Kurzfrist-Denken verhindert die Reflexion über zukünftige Folgen, was für Nachhaltigkeit zwingend ist. Rasches Online-Shopping verhindert Anlegen von Vorräten (im Gegensatz zur Tierwelt), außer in Krisen wie der Pandemie (*d.h. also: die fehlende Nachhaltigkeit wird nicht als Krise wahrgenommen*). Kurzfristiges

Fokussieren entsteht durch Überschüttung mit "Anforderungen" (siehe auch 7. Konsumismus).

Als **Lösungsansätze** werden propagiert: bewusste Entschleunigung (privat & gesellschaftlich), Entrümpelung, Entflechtung, Entkommerzialisierung [286]. Langlebigkeit von Gütern soll durch Dienstleistungen unterstützt werden (Nutzen statt Besitzen). *Aber: Leasing kann auch durch ständigen Modellwechsel (z.B. bei Autos) kontraproduktiv sein.*

7. Barriere Zeitgeist: Konsumismus [288ff]

In einer zunehmend unsicheren Welt bietet der Konsumismus eine Zuflucht in Sicherheit und Vorhersehbarkeit (Zygmunt Baumann). Konsum offenbart laut Erich Fromm das Problem der "Selbstsucht", eine Art Gier, die ein "Fass ohne Boden" ist. Sie kann nicht zur Befriedigung führen, weil der Selbstsüchtige sich selbst nicht leiden kann. Konsum als Ergebnis fehlender Selbstachtung oder zur Schaffung von Status-Symbolen jenseits der Grundbedürfnisse ist nicht akzeptabel. Alternativen sind Suffizienz und aktives Eintreten gegen Konsumidiotismus.

Teil 2: Handlungsprinzipien [302ff]

Am Beispiel Dekarbonisierung wird massives Politikversagen konstatiert, weil selbstgesetzte Ziele weit (zu 90%) verfehlt werden, etwa beim Autoverkehr und in der Landwirtschaft. Bereits 1998 hat eine Bundestag-Enquête-Kommission 4 Grundsätze für Stoffkreisläufe benannt, die in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht annähernd berücksichtigt worden sind [214f]. Vor allem die Industriestaaten haben Rohstoff-Entnahme und (Schad-)Stoff-Einträge in die Natur ohne Rücksicht auf Verluste betrieben. **Gegensteuern** will der Autor durch Effizienz auf der produktiven und Suffizienz auf der konsumptiven Seite. Bisher wurden Effizienzsteigerungen regelmäßig durch Rebound-Effekte (ökologisch) überkompensiert; eine Entkopplung (BIP-Wachstum bei abnehmendem ökologischen Fußabdruck) ist nicht in Sicht.

Die Suffizienz, aus Solidarität gegenüber dem Globalen Süden oder durch institutionelles Nudging & viele "kleine" Maßnahmen gefördert (*bloß nichts verbieten!*), mag das wahre, "aufgeklärte" Glück bringen (Nico Paech 2012), aber kein Politiker wagt diese Strategie, weil man damit keine Wahlen zu gewinnen glaubt.

Zur Frage der (Öko-)Kosten-Internalisierung wird darauf hingewiesen, dass die Firma Puma 2011 den entsprechenden Kosten-Block für sich ermittelt habe. Nicht dargelegt wird, in welchem Zeitraum diese Kosten angefallen sind und was mit den dahintersteckenden ökologischen Schäden geschehen ist (*vermutlich nichts*). Dass eine vollständige Internalisierung der Kosten möglicherweise Geschäftsmodelle in die Unrentabilität, Firmen in die Insolvenz treiben und das gesamte Wirtschaftssystem in die Dauer-Rezession, also eine existenzielle Krise stürzen könnte, wird nicht reflektiert. Aber eine halbherzige Lösung, also ein "weniger schlecht", sei nicht genug; das immerhin wird klar. *Möglicherweise stammt ja unser gesamter materieller Wohlstand, der sich seit mehr als zwei Jahrhunderten aufgebaut hat, ausschließlich aus dem Raubbau an der Natur; nur haben die Mainstream-Ökonomen sich bisher geweigert, das unter genauestem Hinsehen einmal auszurechnen.*

Es wird auch auf "schärfere" Bilanzierungsmodelle hingewiesen (z. B. im Rahmen von Felbers Gemeinwohl-Ökonomie). Aber die Konzepte werden nicht näher betrachtet; ob die darin verborgenen Reparaturen (Renaturierung) überhaupt noch funktionieren, wenn der gerade vertrocknende Wald verschwunden ist (in 10 Jahren, so Ulrike Herrmann in einer medico-Veranstaltung in Frankfurt am 13.2.2021), bleibt unreflektiert. *Konzepte sind ggf. schon überholt, bevor sie angewendet werden.*

Nachhaltiges Konsumieren (lokal, saisonal, vegetarisch; arbeitsintensiv- statt ressourcenintensiv produziert) wird hier ganz auf der individuellen Ebene betrachtet [328ff]. Da die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln, soll der Konsument entsprechend gegensteuern. Dass ihn das in verschiedener Hinsicht überfordern kann, wird problematisiert.

Das Verursacherprinzip fordert die OECD seit 1972. Und wo ist es? Oft werden die Verursacher sogar direkt subventioniert, obwohl sich die G20 (!) 2009 darauf geeinigt haben, genau das nicht mehr zu tun.

Das Vorsorgeprinzip funktioniert auch häufig nicht, weil Gefährliches erst verboten wird, wenn Schaden angerichtet worden ist. Eine Beweisumkehr bei Sicherheitsaspekten (im weitesten Sinn) wäre hilfreich.

Auch eine emotionale Wertschätzung der Natur wird als nützlich für ihren Schutz deklariert. Persönliche und gesellschaftliche Prinzipien werden benannt, die dem sozialen Zusammenhalt dienen sollen (die Unterprivilegierten unterstützen; aufrechte, offene Dialoge führen;). *Die hier vereinigten soziologischen Gedankengänge sind nicht falsch, z.T. sogar für sich genommen durchaus interessant, eröffnen allerdings für die Nachhaltigkeitsproblematik keine konkreten Lösungsansätze.* Dasselbe gilt für systembezogene Prinzipien: systemisch denken, weil alles mit allem zusammenhängt; ganzheitliche Sicht, weil man sonst Fehler macht; global & langfristig denken; Transparenz & Vielfalt erhöhen

Zum Schluss folgen noch eine Zusammenfassung, 11 Seiten Anmerkungen sowie ein opulenter Literatur-Apparat. Dennoch hat der Autor - kein Ökonom, sondern "nur" Physiker - zwar die Fragmentierung des Wissens beklagt, *aber - wie so viele - die Chance versäumt, durch intensive Kooperation mit Vertretern anderer Fachgebiete die von ihm gewünschte Interdisziplinarität herzustellen.*

Er outet sich als Anhänger einer "ökologisch-sozialen Marktwirtschaft", was er ebensowenig begründet und spezifiziert wie Harald Welzer andernorts seine Forderung nach einem "aufgeklärten Kapitalismus" [394]. *Dies schränkt die wissenschaftliche Kompetenz zur Problemlösung in einem komplexen Umfeld erheblich ein. Die allgemeine Scheu, das aktuelle Wirtschaftssystem - egal, wie man es nennt - konsequent zu hinterfragen und bei Bedarf auch in Frage zu stellen, ist ausgesprochen auffällig und erinnert in fataler Weise an gesellschaftliche Machtverhältnisse wie in der ehemaligen DDR, unter denen eine offene Kritik an der herrschenden Ökonomie natürlich zu erheblichen Repressionen geführt hätte. Wer oder was bremst aber bei uns das "Selbst denken" (Welzer) aus?*

Also gilt wieder einmal: bei der Suche nach einem System der nachhaltigen Ökonomie keinen Schritt weitergekommen.

Rolf Oesterlein, 21.2.2022

Erscheinungsdatum: 18.2.2020

Maja Göpel: Unsere Welt neu denken: Eine Einladung

Die Polit-Ökonomin Maja Göpel, derzeit als Honorarprofessorin an der Universität Lüneburg tätig, hat ein schmales Büchlein (208 Seiten) vorgelegt, das wohl als allgemeinverständlicher Einstieg in das Nachhaltigkeitsthema gedacht ist. Solche Bücher sind wichtig, auch wenn man darin keine neuen Erkenntnisse darüber erwarten darf, wie eine Postwachstumsökonomie aussehen könnte. Entsprechende Untersuchungen, an denen sie beteiligt gewesen wäre, stehen auch nicht im Hintergrund der Darlegungen, obwohl sie auch drei Jahre Mitglied des WBGU war (bis Ende 2020).

Am Anfang tut sich das Buch schwer, einen zielgerichteten roten Faden zu entwickeln. Auf dem Gedankengang zum Kernanliegen werden einige Umwege in Kauf genommen. Manche Statements, obwohl richtig und auch wichtig, fallen etwas plötzlich vom Himmel, also ohne vorbereitende Argumentation. Ob das Einsteigern einleuchtet, ist fraglich. Gelegentlich liegt das auch an der verwendeten Begrifflichkeit. Wissen finanzpolitische Neulinge, was "toxische Kredite" sind?

Das Weltbild der Mainstream-Ökonomen, der "homo oeconomicus", wird ausführlich und mit dem gebührenden kritischen Abstand dargestellt, ebenso die daraus resultierende Fehlerhaftigkeit der Lehr-Weisheiten. Deutlicher hätte die Autorin darauf hindeisen können, dass diese Form der Ökonomie eigentlich eine Ideologie ist und wem diese Ideologie eher nutzt und eher schadet. Inwieweit das häufige Eintauchen in die Historie der Ökonomie den Einsteigern beim Verständnis der Zusammenhänge hilft, ist schwer abzuschätzen.

Das BIP als ungeeignete Messgröße für das menschliche Wohlergehen wird problematisiert, ebenso das Verhältnis Staat versus Markt und die Auswirkungen von Privatisierung und der sich ausdehnenden Schere zwischen arm und reich. Eingängig sollte die vollkommene Parallelität der beiden Kurven Wachstum des BIP und CO₂-Emissionen sein, mit der Konsequenz, dass für die - auch von der aktuellen Ampel-Regierung propagierte - absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch jeder Ansatzpunkt fehlt. Auch der fatale Mechanismus der Rebound-Effekte wird eindrücklich mit zahlreichen Beispielen dargestellt. Von der Verlogenheit der Greenwasher führen die Überlegungen zum Problem des Konsumismus.

Danach wird der Antagonismus Staat-Markt-Gemeinwohl dargestellt. Der erste massive Kritikpunkt ist die Externalisierung der Umweltkosten, die am Beispiel der Müll-Exporte und weiterer ökonomischer Trickereien exemplifiziert wird. Angebliche "Errungenschaften" aus dem privatwirtschaftlichen Bereich sind häufig vom Staat getriggert worden, finanziell wie inhaltlich. Fehlende übergeordnete Koordination von Einzelaktivitäten kann verheerende Konsequenzen haben, wie zahlreiche Beispiele von Deregulierungskatastrophen, Freihandelschäden und Finanzkrisen zeigen. Und die einzige Entkopplung, die garantiert stattfindet, ist die zwischen materiellem Wohlstand und allgemeinem Wohlergehen (Lebensglück), die in schwindende Selbstachtung und Depressionen im Hamsterrad münden kann.

Dann wird - ein bißchen wie im Kindergarten, aber vermutlich dennoch bitter notwendig - geduldig erklärt, warum Verzicht und Verbote notwendig und originäre Aufgabe des Staates sind. Auf die naturwissenschaftliche Dimension und Dringlichkeit des Nachhaltigkeitsproblems wird hingewiesen. Einen Nachteil sieht Maja Göpel darin, dass national und international in den "Panels", die die Entscheidungen vorbereiten und treffen, die Armen und am stärksten Betroffenen kaum vertreten sind. Ihnen bleibt nur, auf die Straße zu gehen. Überhaupt sind die krassen sozialen Unterschiede, zwischen und in vielen Ländern, eine massive Barriere für Veränderungen in Ökonomie, Ökologie und bei den Machtverhältnissen.

Zuletzt wird das Gerechtigkeitsproblem behandelt, das diese Situation kennzeichnet. Die nur grob angerissenen Ideen für Abhilfe bleiben alle systemkonform, d.h. der Kapitalismus wird geschont (z.B. Fonds für eine Art Lastenausgleich, wie er z.B. für Ecuador als Gegenleistung für die Nichtförderung von Erdöl in einem Naturschutzgebiet zur Debatte stand, aber letztlich gescheitert ist.)

Im Schlusswort wird wenig Konkretes für eine sozial-ökologische Transformation benannt. Eher liest man eine allgemeine Ermunterung für eine Art Aufbruchstimmung heraus; jeder Einzelne soll ein wenig "Selbst denken" praktizieren (obwohl vorher die Verschiebung der Verantwortung zum Einzelnen - zurecht - kritisiert worden ist). Alles klingt ein wenig freundlich-betulich und weckt den Eindruck, als könne die Rettung ohne Disruptionen durch gemächliche Hinwendung zur Nachhaltigkeit gelingen. Gründe, warum das so ablaufen könnte, werden allerdings - wie auch? - keine geliefert. Ohne Beunruhigung wird sich die träge Masse kaum bewegen lassen.

Rolf Oesterlein, 25.2.2022

Erscheinungsdatum: 2 /2020

Rainer Grießhammer: #klimaretten.

Jetzt Politik und Leben ändern

Vom Aufbau und vom Duktus her ähnelt das Werk der "Ökoroutine" von Kopatz: viele Fakten und Infos, auch ein paar historische (überflüssigerweise wird dabei die "Digitalisierung" als eine "technische Revolution" bezeichnet). Es gibt ein starkes Bemühen um Struktur und Pragmatismus; letzterer führt über weite Strecken in den Ratgeber-Modus. Leider bleiben dabei auch zweifelhafte Empfehlungen nicht aus, wie z.B. der Rat, im (vermutlich immer heißer werdenden Sommer) die Raumtemperatur durch Nichtnutzung des Computers abzusenken (S. 119). Das Buch preist sich selbst als "Nachschlagewerk" an, z.B. für junge Aktivisten von "Fridays for Future"; dazu gibt es einzelne Einschübe mit Hinweisen, wie sie ihre störrischen Eltern überzeugen können.

Während der Autor - wie der Titel schon andeutet - Politik und individuelle Verhaltensweisen nicht als Alternativen, sondern parallel zu bearbeitende Felder sieht, verkennt er die Bedeutung des Postwachstumsproblems total. Er hält es für ein theoretisches und sieht nicht, wie es an vielen Stellen den sehr konkreten, pragmatischen Fortschritt blockiert. Dementsprechend kommen auf diesem Sektor

auch keinerlei Ansätze für eine Lösung. Auch die Machtfrage wird nicht behandelt, als sei sie ebenso entbehrlich wie die Suche nach neuen wirtschaftlichen Strukturen.

Im Unterschied zur Ökodesign-Richtlinie der EU, in der ab 2021 klammheimlich etliche positive Verschärfungen greifen werden (S. 122), wird das Klimaschutzprogramm der Regierung von 2019 zurecht als "katastrophal" auseinandergenommen. Auch die Sozialverträglichkeit wird als wichtige Forderung hervorgehoben und sehr kritisch betrachtet. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen merkt man die ökonomische Blauäugigkeit: das Armutsproblem wird nicht grundsätzlich angegangen, sondern nur punktuell kompensatorisch zu einzelnen ökologischen Vorschlägen. Die Ambivalenz von "Strafsteuern" (z.B. CO₂-Steuer), die einerseits die Emissionen verringern (also niedrig bleiben) sollen, andererseits aber zur Finanzierung des Sozialausgleichs benutzt werden (also hoch genug sein sollen), wird nicht gesehen.

Nach ein paar allgemeinen Hinweisen für bewusstes Konsumverhalten werden die 4 Gebiete Strom, Mobilität, Ernährung und Wohnen jeweils unter folgenden 8 Analyse-Aspekten betrachtet:

1. Werte & Leitbilder; 2. Verhaltensweisen & Lebensstile; 3. Märkte & Finanzsysteme; 4. Politikinstrumente & Institutionen; 5. Forschung, Bildung, Wissen; 6. Technologie, Produkte, Dienstleistungen; 7. soziale & zeitliche Strukturen; 8. Materielle Infrastruktur

Es werden zu viele Zahlen aufgeführt, die man sich oft nicht merken kann und zu sehr ins Detail gehen (z.B. wenn sich eine Strompreiskomponente um 0,35 Cent /kWh erhöht; S.82), andererseits aber oft nicht präzise genug definiert werden (z.B. S. 150 beim Vergleich Auto / Bahn) - vermutlich um den (im Übrigen recht angenehmen) Textfluss nicht zu stören. Eine Beschränkung auf quantitative Angaben mit wichtiger Aussagekraft wäre besser gewesen.

Aussagekräftig wie z.B. die sehr bezeichnende Fehlprognose der Energiekonzerne 1993 zur Zukunft der erneuerbaren Energien (S.86), nach der dieselben nie mehr als 4% des Strom-Bedarfs würden decken können und ökonomisch in D. so sinnvoll seien wie "in Alaska Ananas zu züchten": zwei Jahre später hatten diese unterschätzten Erneuerbaren aber bereits 5% erreicht, nach 12 Jahren 10%, 20 Jahre später 25%, Anfang 2019 bereits 44%.

Im Abschnitt "Strom" werden Tipps zu Elektrogeräten und ihrer Nutzung gegeben sowie zur ökologischen Informationsbeschaffung (z.B. bewertet das unabhängige Portal www.ecotopten.de die ökologischen Eigenschaften vieler Geräte).

Im Abschnitt "Mobilität" wird nochmals die Schädlichkeit des (Straßen-)Verkehrs deutlich dargestellt. Trotz des Kernsatzes, dass nur weniger Autofahren hilft, wird kräftig über technische Möglichkeiten herumspekuliert (z.B. Brennstoffzellenfahrzeuge) und erörtert, wie unsere Autoindustrie die EU-Vorgaben (die ja durch die "Flottengrenzwerte" zum Mogeln geradezu einladen) einhalten könnte. Die Batterie-Probleme werden kleingeredet, z.B. durch einen Vergleich mit den technologisch altertümlichen Bleiakkus und durch die Ignorierung der Haltbarkeitsprobleme. Bekannte Fehlanreize wie das "Dienstwagenprivileg" und das ausbleibende allgemeine Tempolimit (auf das weltweit nur noch in Afghanistan, Somalia & Nordkorea verzichtet wird) werden natürlich kritisiert, aber andere

Vorschläge bleiben vage ("bessere Digitalisierung" bei der Bahn, S. 151). Beim ökonomischen Vergleich Bahn / Flixbus wird unterschlagen, dass erstere ihr Streckennetz selbst finanzieren muss, der Straßencarrier nicht. Nur halbherzig wird die Empfehlung ausgesprochen, weniger zu fliegen. Insgesamt weckt der ganze Detail-Clinch leider den fatalen Eindruck, als könne man mit reformistischen Trippelschritten bei der Mobilität das "Klima retten".

Im Abschnitt "Nahrungsmittel" werden die bekannten Probleme überwiegend angemessen dargestellt (allerdings gibt es dafür bereits bessere Literatur). Nur beim Thema Lebensmittelverschwendung bleibt der Text oberflächlich: die Rolle der kapitalistischen Überproduktion wird nicht behandelt, und die Hilfestellung für das individuelle Ermitteln der Haltbarkeit von Produkten ist schlicht unbrauchbar ("Riecht es komisch?", S. 204). Obwohl auch hier recht unambitionierte Ziele propagiert werden (z.B. Erzeugung von Bio-Nahrungsmitteln bis 2030 von 9% auf 20% erhöhen), wird das totale Versagen der Bundesregierung auf diesem Sektor unmissverständlich kritisiert.

Das Thema "Wohnen" wird auf 26 Seiten abgehandelt. Das ist zu wenig für eine weiterführende Darstellung. Eine individuelle Energieberatung kann durch den Text vielleicht angeregt werden, mehr aber auch nicht. Auch hier findet man tieferschürfende Literatur.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

Erscheinungsdatum: 28.1.2020

Abhijit Banerjee / Esther Duflo: Gute Ökonomie für harte Zeiten. Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können

Zusammenfassung:

Abhijit Vinayak Banerjee ist ein aus Indien stammender US-Ökonom, Esther Caroline Duflo eine aus Frankreich stammende US-Ökonomin. Beide sind verheiratet und arbeiten am Massachusetts Institute of Technology auf dem Gebiet der Armut- und Entwicklungsforschung. 2019 erhielten beide den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften, den die Schwedische Reichsbank eingerichtet hat und jährlich vergibt. Passend zur Preisverleihung legten sie wenig später dieses in die Zukunft weisende Werk vor. Da die SÖT auch eine starke soziale Komponente umfasst, erschien es sinnvoll, nach entsprechenden Hinweisen und Anregungen in diesem umfangreichen Werk (554 Seiten) zu suchen.

Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd. Es werden zwar durchaus kritisch zahlreiche "Weisheiten" des ökonomischen Mainstreams als ideologische Vorurteile demaskiert. Es ist auch verblüffend, was diese Ökonomie alles nicht weiß - noch nicht einmal, wie man Wachstum "ankurbelt", obwohl die Herrschaften in aller Welt ständig eben davon reden, weil es wohl nach wie vor das fundamentale Ziel ihres Wirkens ist, auch das der Autoren: selbst bei den Inhabern der höchsten Auszeichnung findet man keinen einzigen Forscherschritt in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft, weil sie die Dimension des Problems, trotz einiger Seiten über den Klimawandel,

offenkundig nicht realisiert haben. Was ist das für ein Wissenschaftsbegriff, mit dem man es hier zu tun hat?

Kapitel 1: "MEGA - Make Economics Great Again"

Die Autoren beklagen, dass Ökonomen von der Allgemeinheit wenig Vertrauen entgegengebracht wird (S. 15). Sie räumen die Ideologie-Fixierung bzw. Vernarrtheit in "Schulen" als Ursachen dafür ein; das gelte für etliche Kollegen, aber nicht für alle. Für sich beanspruchen sie wissenschaftliche Redlichkeit, auch wenn die Ergebnisse missliebig seien.

Kapitel 2: "Aus dem Maul des Haifischs"

Beim Thema **Flüchtlinge** untersuchen die Autoren die Gründe, die die Menschen zur Migration treiben. Reine Vorteile bei den Lebensbedingungen in der Fremde reichen meist nicht, Kriege und andere Katastrophen "zu Hause" sind nötig. Selbst Migration innerhalb eines Landes ist oft schwer zu durchschauen, trotz verschiedener Studien / Experimente in unterschiedlichen Ländern. Die Autoren gehen davon aus, dass sich die Migranten am neuen Ort oftmals wirtschaftlich verbessern. Ob das immer gilt und auch für die Migranten absehbar ist, wird nicht genau untersucht. Man wertet die (Einzel-)Studien aus, die man hat.

Thema 2 ist die Frage, ob die Migranten an ihrem Zielort die Löhne der Einheimischen nach unten drücken. Dies ist häufig nicht der Fall, weil die neuen Arbeitskräfte nicht nur neue Konkurrenten sind, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Ursachen sind unterschiedlich, z.B. in Abhängigkeit von der Qualifikation der Migranten und der einheimischen Konkurrenten. Es gibt zahlreiche Studien aus vielen Regionen und unterschiedlichen Epochen.

Angeblich stellen Arbeitgeber lieber vertraute Einheimische denn Migranten ein, auch wenn diese niedrigere Löhne akzeptieren würden. Arbeitgeber zahlen grundsätzlich so viel Lohn, dass die Arbeiter bleiben, um sich nicht zu verschlechtern, jedenfalls im Niedriglohnsektor (S. 49ff).

Es folgen einige Aspekte wie Familienbeziehungen, die trotz drückender anderer Bedingungen Migration verhindern können; ebenso Risikoscheu und Unkenntnis. Unkenntnis in die andere Richtung (unangebrachte Euphorie) wird hier nicht erwähnt.

Danach wird, schon fast feuilletonistisch, darüber rasoniert, warum in den USA nicht alle Leute dorthin migrieren, wo (noch) die Boomtowns sind (72ff). "Auch Anwälte brauchen Gärtner!" lautet die etwas naive, auf jeden Fall vorwurfsvolle Formulierung: wie, wenn schon genug Gärtner dort sind? Warum die Jobs nicht zu den Menschen kommen, wird (für die USA) mit persönlichen Wohlfühlaspekten der Bessergestellten etwas oberflächlich erklärt, wenn man von dem Buch mehr konzeptionelles Denken erwartet.

Insgesamt erweckt dieses Kapitel den Eindruck, als gäbe es zu wenig Migration, und alles wäre besser, wenn die Immobilität der potentiellen Migranten und die Aversionen der Residenten verschwinden würden.

Kapitel 3: "Die negativen Folgen des Handels"

Es wird über das "Theorem der komparativen Vorteile" geplaudert; man erfährt aber nichts Neues (außer dass es "linke" Ökonomen gibt - z.B. Paul Krugman, USA). Die Frage, ob Indien besser mit Regulierung gefahren wäre (statt Marktöffnung für den Handel), wird aufgeworfen und als unbeantwortbar wieder begraben. Aber immerhin wird eingeräumt, dass die Liberalisierung nicht nur das Wachstum (BIP), sondern auch die Ungleichheit erheblich gesteigert hat. Dazu werden zahlreiche weitere Länder genannt, in denen das gleiche geschah: Es steigen die Einkommen der Oberschicht, aber nie der gering Qualifizierten. Allerdings muss dafür nicht die Handelsliberalisierung der einzige Grund sein, denn sie erfolgte meist zusammen mit einer Fülle weiterer Liberalisierungen/Deregulierungen, die in die gleiche Richtung wirken (z.B. auf den Arbeitsmärkten).

Eine junge Ökonomin, die nachwies, wie bei Handelsausweitungen die Armut zunahm, wurde in der Fachwelt gemobbt (S. 100).

Träge sind (in Indien) nicht nur die Arbeitskräfte (auch bei Wechsel im Land, und sogar in der Firma), sondern auch die Kreditgeber und Firmenleitungen.

Es folgt seitenweise Geplauder über die Wichtigkeit von Reputation von Handelsfirmen; auch ein misslungener DVD-Player-Kauf, persönlich verbürgt, wird langatmig ausgebreitet - unklar, warum. Ein wilder Ritt durch alle möglichen Wirtschaftsregionen bringt Beispiele für allerlei Handelsstrategien, etwa Chinas Währungsdumping zur Exportförderung.

Chinas Exportausweitung in die USA wird unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die dortigen Arbeitsplätze betrachtet ("China-Schock", S. 126ff). Wegen der zuvor beschriebenen Cluster-Bildung etlicher Branchen ist die (natürlich negative) Auswirkung regional unterschiedlich - nicht gerade eine sensationelle Erkenntnis. Und als Lösung des Problems wird schon wieder angedeutet, die Arbeitskräfte hätten doch nur in die nicht betroffenen Cluster wandern müssen - was aber wegen ihrer Trägheit unterblieben sei. Andererseits: die geschöpften Cluster sollen "intervenieren" (?), damit es wieder aufwärts geht.

Man erfährt, dass in den USA manche "Sozialprogramme" den Berechtigten genau 23 US-Cent auszahlen, was die Autoren allerdings auch selbst als "entwürdigend" bezeichnen. Der "China-Schock" hat in den USA aufgrund des lächerlichen Sozialsystems Menschen vernichtet, auf unterschiedliche Weise, bis hin zum Suizid. Im Klartext: sie sind eine Mörderbande, die Sozialdarwinisten der USA.

Der Außenhandel bringt großen Ländern weniger Gewinn als vermutet (USA ca. 8%), und für kleinere/ärmere ist der Freihandel auch nicht das Tor zur "Entwicklung". Die weltweite Verlagerung von Arbeitsplätzen bringt auf beiden Seiten Instabilität und Nutzen oft nur für die Shareholder (S. 144 ff). Zölle (Handelskriege!) bringen auch nichts, auch nicht den USA. Bessere Programme (z.B. Umschuldung) und Umzugshilfe werden vorgeschlagen. Was denen wenig hilft, die zu alt sind. Das Kapitel endet mit einer gewissen Ratlosigkeit; dem Vorurteil, wer nicht umziehen wolle, sei selbst schuld, folgen die Autoren dann aber doch nicht.

Kapitel 4: "Vorlieben, Wünsche und Bedürfnisse"

In armen Ländern, aber auch in Schweizer Bergdörfern, werden die "Allmende" als Gemeingüter gehalten, weil das für alle besser ist. Ökonomen, die diese Zusammenhänge nicht verstehen und Privatisierung anregen, haben in solchen Situationen schon katastrophale Schäden angerichtet (S. 162). Allerdings sind die Normen einer Gemeinschaft nicht immer positiv einzuschätzen; sie können im Extremfall sogar Rassismus befördern. In Indien existieren in vielen Dörfern trotz gesetzlicher Verbote noch kastenmäßige Diskriminierungen, in den USA Diskriminierungen gegen Schwarze und Einwanderer überhaupt.

Es folgen Berichte über psychologische Tests darüber, wie die Leute zu ihren Präferenzen kommen. Diese können in verschiedenen Rollen / Kontexten sogar bei *einer* Person unterschiedlich sein: ein Experiment in der Schweiz zeigte, dass Bankangestellte als Privatperson weniger betrügerisch handeln denn als Banker (S. 184 f). Der Ratschlag, man solle die "Wahrheit" zwar durchaus sagen, aber möglichst "wertfrei" (S. 187), ist reichlich weltfremd; die Wahrheit vor allem über brisante Themen ist fast nie wertfrei (oder wie sollte die "wertfreie" Wahrheit über den Holocaust aussehen?)

Ein möglicherweise funktionierender Trick ist es, dem Gegenüber das erwünschte Verhalten als Kompliment zu attestieren und dann als konsequente Fortführung einzufordern ("Du bist doch ein netter Junge, also" führt vielleicht dazu, dass er wirklich ein nettes Verhalten zeigt); der Trick besteht in der Stärkung des Selbstwertgefühls. Arme brauchen nicht nur ökonomische Hilfe, sondern auch eine Unterstützung ihres Selbstwertgefühls. (S. 189).

Es folgen Gedanken zur Schwierigkeit bei der Beschaffung fundierter Informationen, verursacht durch (vorsätzliche) Desinformation bei der Verbreitung einerseits und Unwilligkeit oder Unfähigkeit beim Empfang andererseits. Überlegungen schließen sich an, wie man in den USA und Indien die raren Eliteschulen sozial "gerecht" mit Schülern bestückt (ausschließlich gute Schulen in ausreichendem Maße zu haben, steht offenbar nicht zur Debatte). Abbau von Vorurteilen zwischen Bevölkerungsgruppen könnte über durchmischtes Wohnen erreicht werden. Den "Wutbürgern" sollte man begegnen, indem man versucht, an den Kern ihrer möglicherweise existentiellen Probleme oder Unbehaglichkeiten heranzukommen.

Kapitel 5: "Das Ende des Wachstums?"

Das Kapitel beginnt mit historischen Schwankungen des Wachstums und der Frage, ob es vielleicht nie wieder so hoch wird wie manchmal früher. Unter "nachhaltigem" verstehen die Autoren schlicht dauerhaft hohes Wachstum. Dann schlagen sie sich mit der Messung / Bewertung des Internets herum. Arme und reiche Länder werden BIP-quantitativ verglichen; kontrovers wird die Frage behandelt, ob und wie man Wachstum beeinflussen kann (manche Ökonomen meinen: es passiert einfach). Viel Theoretiker-Streit.

Immerhin wird gelegentlich eingeräumt, dass BIP-Wachstum nicht unbedingt das Wohlergehen erhöht (nicht neu; siehe Robert Kennedy vor einem halben Jahrhundert!). Trotz Skepsis werden immer wieder voreilige Erklärungen für "Geschichten" abgeleitet ("Narrative"), die auch andere Ursachen haben könnten - alles sehr spekulativ. Dass der Ansiedlungswettbewerb zwischen Städten einem Land nichts bringt, wird eingeräumt (ist aber auch nicht gerade eine nobelpreiswürdige Erkenntnis; S. 260). Den armen Ländern wird empfohlen, ihre slumgeprägten Städte infrastrukturell zu verbessern und lebenswerter zu gestalten; das könne ihnen Wachstum bringen (der einzige Weg aus der Armut!), ohne andere Regionen zu schädigen (S. 261). Eine klare Aussage folgt auf Seite 271: Steuersenkungen für Reiche führen nicht zu höherem Wachstum; es ist reine Ideologie. Interessant auch, dass historisch in den USA sehr hohe Spitzensteuersätze gegolten haben, angeordnet von republikanischen Präsidenten (S. 266).

Es gibt viel zweifelhafte Zahlenhuberei. Wieso kann man die weltweite Grenze für "extreme Armut" einheitlich mit 1,90 US-Dollar angeben, obwohl die Dollar-Kaufkraft in den über 200 Ländern dieser Erde äußerst unterschiedlich ist (S. 376)?

Es geht hin und her: manchmal werden Wachstumsförderer benannt, manchmal in Zweifel gezogen. Gute Bildung könnte das Wachstum steigern, aber auch die Folge von steigendem Wachstum sein; also: selbst Ursache und Wirkung sind nicht zuverlässig zu identifizieren (S. 279). Ein ähnlicher "Offenbarungseid" ist auf Seite 285 zu lesen.

Die Arbeitskräfte in armen Ländern, die die Umverschämtheit besitzen, nicht jeden miesen Job anzunehmen, werden als Träumer bezeichnet, selbst schuld an ihrer Misere (S. 296ff). Wenn sich in Indien 28 Mio. Leute auf 9000 einfache Stellen im Staatsdienst bewerben - sind die alle doof (S. 304)? Die Personalfuzzis schwärmen doch immer von Leuten, "die wissen, was sie wollen". Die Empfehlung der Autoren lautet: die attraktiven Arbeitsplätze zu verschlechtern. Was die schlecht bezahlten (privaten) Arbeitsplätze mit dem ökonomischen Druck der reichen Länder auf die armen zu tun haben, wird nicht erwähnt - so wird das nichts mit der Armutsbekämpfung.

Immerhin verweisen die Autoren die weitverbreitete Theorie, der Vermögenszuwachs der Reichen werde als Trickle-Down-Effekt zu den Armen sickern (wie die biblischen "Brosamen" vom Tisch des reichen Mannes) in irrationalen Raum der Legende. Reiche fördern und Arme zu weiteren Opfern zwingen (also Ungleichheit erhöhen), tötet das Wachstum (S. 312).

Schlussfazit der Autoren: wie man Wachstum hochtreibt, wisse man nicht wirklich. Aber es reiche ja auch, das Wohlergehen - vor allem in den armen Ländern - zu erhöhen. Nur: die ökologischen Grenzen des Wachstums spielen in diesem Kapitel nicht die geringste Rolle.

Kapitel 6: "In heißem Wasser"

Jetzt wird der Klimawandel betrachtet: von den reichen Ländern verursacht, die Armen am stärksten treffend. Hitze hat Nachteile für Arbeitskraft und Gesundheit;

Klimaanlagen fördern den Wandel noch. Die Autoren meinen, Klimaschutz und Wachstum unter einen Hut bringen zu können; man muss Forschung und Entwicklung anschieben, damit "saubere Technologien" die anderen ersetzen. Die Prognose ist eine Sache von Optimismus und Pessimismus. In bisherigen Projekten waren die Annahmen immer zu optimistisch. Vielleicht müssen wir doch auf Autos verzichten (S. 331). Mit einem detaillierten Blick auf die massive Umweltverschmutzung in China und Neu Delhi ist das Kapitel auch schon zu Ende.

Kapitel 7: "Player Piano"

Hier wird über die Wirkung der "Digitalisierung" auf Arbeitsplätze spekuliert. KI wird für etwas Neues gehalten, und deshalb räumt man ein, dass man eigentlich gar nichts weiß, die Zukunft betreffend. Und spekuliert munter und ziemlich sinnentleert weiter.

Danach wird die schamlose Bereicherungsstrategie der angelsächsischen Neoliberalen dargestellt, die die Ungleichheit vorangetrieben haben (S. 361ff). Ein anderer Grund für die Ungleichheit besteht in den irrational-exorbitanten Verdiensten/Profiten im Finanzsektor (die gibt's z.B. in Dänemark nicht, ebenso wenig wie die große Ungleichheit).

In den USA steigt die Sterblichkeit weißer Menschen im mittleren Alter im Unterschied zu allen anderen Gruppen; Hauptgrund: Tod aus Verzweiflung (S. 389ff). Ähnliches geschieht in anderen angelsächsischen Ländern. Sie sehen ihre Situation als eigenes Versagen, weil ihnen die Gehirnwäsche eingebläut hat, das System sei gerecht, und die Alternative zur Verzweiflung (oder deren Vorstufe) ist: Wut. Das tragische: aus Wut wählen sie in den USA reaktionäre Republikaner, die aus ideologischer Verbohrtheit (z.B. "keine staatlichen Eingriffe") überhaupt nichts für die Wutbürger tun. Ein kritisches Kapitel-Schlusswort (S. 395) entlarvt den "amerikanischen Traum" als eine gezielte Irreführung.

Kapitel 8: "Staatliche Legitimation" (Steuern)

Entgegen mancher Legende: Die Reichen hören nicht auf zu arbeiten, wenn sie mehr Steuern zahlen müssten. Aber wenn man erst ab 50 Mio Dollar Vermögen hoch besteuert, bringt's nicht viel; wenn man "(fast) alle" höher besteuert, macht die Mehrheit (in den USA) nicht mit. Zwischen 50 Mio und "fast alle" gibt's offenbar nichts - obwohl über die wachsende Zahl der Abgehängten und Sozialschwachen ausgiebig berichtet wird, die ja wohl keine Steuererhöhung verkraften würden. Der Trick ist der Selbstbetrug bzgl. Aufstiegschancen: "If I were a rich man" - dessen Steuern sollen deshalb vorsorglich niedrig sein.

Ein weiterer Trick: die Plutokraten im US-Staatswesen bemühen sich unermüdlich, den Bürgern eine Staatsskepsis einzureden. "Die Ideologie der Eigenverantwortlichkeit ist ein Fantasiegebilde!" (S. 404) Deren größte Propagandisten sitzen in Bundesstaaten, die am stärksten von Bundeshilfe abhängig sind.

Kapitel 9: "Cash & Care"

Die Fragestellung lautet: soll man bedingungslos mit Geld unterstützen odersoll man "sorgen", d.h. sich um die Sozialschwachen auch mit Auflagen kümmern. Das Problem ist die Bezeugung von Respekt gegenüber den Hilfsbedürftigen.

Ausgiebig, aber sehr wohl kritisch werden die Eiertänze der reichen Bedenkenträger gegen Sozialhilfe aller Art geschildert. Mit einigen Vorurteilen räumen die Autoren durch Hinweise auf gezielte Studien auf. So ist die Vermutung, bei Bargeldhilfen würden Männer die Summe eher verpulvern als Frauen, schlicht falsch; es konnten keine genderspezifischen Unterschiede ermittelt werden. Man gab die Hilfe dennoch oft an Frauen, wenn man dadurch die familiären Machtverhältnisse ändern wollte. Auch die angebliche Trägheit konnte in Entwicklungsländern wie auch in den USA nicht in Studien nachgewiesen werden. Selbst bedingungslose Unterstützung hat nicht dazu geführt, dass die Leute zu arbeiten aufhörten (S. 439f).

Für Entwicklungsländer schlagen die Autoren ein "rudimentäres", aber bedingungsloses Grundeinkommen vor, für das es allerdings keine längerfristigen Studien gibt (S. 445f).

In den USA wird das Grundeinkommen diskutiert unter der Maßgabe, dass die "Digitalisierung" alle einfachen Arbeitsplätze vernichten wird und/oder die Wutbürger besänftigt werden müssen. Der "Freizeit aspekt" wird problematisiert: viele können mit zusätzlich "gewonnener" Freizeit nichts Zufriedenstellendes anfangen, und Kündigungen als Ausgangspunkt für diese Freizeit können sich sogar steigernd auf die Mortalität auswirken (S. 453). Und das Thema "Selbstwertgefühl" taucht auch wieder auf. (In den Entwicklungsländern bauen die Leute dasselbe seltener auf ihrem Job auf.)

Das dänische Modell "Flexi...." (schnell einen Job verlieren und einen neuen finden) ist auch suboptimal, vor allem für Ältere. Die Autoren tendieren eher zu einer filigranen, situationsangepassten Synthese unterschiedlicher Unterstützungsoptionen (S. 456ff).

Für die USA geht das Buch nun sehr ins Detail, mit zahlreichen sehr spezifischen Programmen, z.B. im Bildungsbereich. Es gibt verblüffend viele solcher Programme, aber die meisten sind zu kurzatmig und nicht wirklich auf die nachhaltige Überwindung der prekären Verhältnisse ausgerichtet.

Vor allem bei den Programmen für die Ärmsten muss man darauf abzielen, dass ihnen Respekt und Würde zugestanden werden und Selbstbewusstsein aufgebaut werde, was mit reinen Transferzahlungen nicht gehe, so die Autoren. Aber bei "entgegenkommenden" Care-Projekten wird immer wieder erwartet, dass die Hilfsbedürftigen eigene Ideen entwickeln sollten (die die Projektinitiatoren selbst offenbar nicht haben), oft hinsichtlich selbstständiger Beschäftigungen (jeder sein eigener Schein-Unternehmer - diese Crux ist den Autoren offenbar nicht geläufig). Dass das möglicherweise viel zu schwierig, ein regelrechtes Am-eigenen-Schopf-aus-dem-Sumpf-ziehen ist, genau auf der Linie der im Vorkapitel kritisierten Ideologie der "Selbstverantwortlichkeit", wird offenbar nicht gesehen, auch nicht von den Autoren.

Als größtes Hindernis jeder Sozialpolitik sehen sie die Verachtung, mit der den Armen und Benachteiligten begegnet wird.

Rolf Oesterlein, 1.4.2021

Erscheinungsdatum: 7.10.2019

Michael Kopatz: "Schluss mit der Ökomoral!"

Wie wir die Welt retten, ohne ständig daran zu denken

Es handelt sich hier um eine Art Ergänzung zum 2016 erschienenen Vorläufer "Ökoroutine", der ein durchaus neues Konzept in überzeugender Form vorgestellt hat (Kommentar s.u.). Viel Neues erfährt man im Nachfolger allerdings nicht. Aber das könnte man mit der Maxime des Autors, dass gute Botschaften sich nur durch Beharrlichkeit und Wiederholungen durchsetzen, durchaus rechtfertigen. Problematisch erscheint jedoch die punktuell-episodenhafte Darstellung ohne analytischen Tiefgang. Gewiss, das lässt sich sehr süffig lesen, und Veröffentlichungen im nüchtern-komplexen Wissenschaftler-Sprech sind nicht jedermanns Sache. Aber die punktuelle Betrachtungsweise unterschlägt häufig Zusammenhänge, die das gerade behandelte Teil-Thema in einem anderen, realistischeren Lichte erscheinen lassen. Beim propagierten Ziel "100% Bio-Landwirtschaft" wird z.B. lobend darauf hingewiesen, dass die wegfallende Wertschöpfung beim Verzicht auf Chemikalien durch den Einsatz von zusätzlichen Maschinen und Robotern zum mechanischen Pflanzenschutz kompensiert werde. Dass damit aber Ressourcen-Verbrauch und CO₂-Emissionen erhöht werden, also ein klassischer Rebound-Effekt eintritt, wird verschwiegen, obwohl der Autor - an anderer Stelle - durchaus auf diesen Problembereich eingeht.

Insgesamt erweckt das Buch den Eindruck, es gebe eigentlich für alle anstehenden Schwierigkeiten praktikable Lösungen, man müsse sie nur umsetzen. Der Autor erwähnt zwar den ökonomischen "Wachstumszwang", kritisiert auch zurecht das Forschungsdefizit bei diesem Thema, stellt aber nicht dar, dass dieses Forschungsdefizit kein lässliches Versäumnis in abgehobenen Wissenschaftssphären ist, sondern bei nahezu allen praktischen Vorschlägen - auch seinen eigenen - ein massiver struktureller Bremsklotz.

Und der funktioniert z.B. so: BW-Ministerpräsident Kretschmann, vom taz-Interviewer darauf hingewiesen, dass ein E-Auto-Getriebe nur ein Sechstel des Aufwands für einen Benzin/Diesel-Antrieb erfordert, verlangt daraufhin die Kompensation der entgangenen Wertschöpfung, also den Rebound-Effekt. Ist Kretschmann ohne Einsicht? Keineswegs. Er weiß, dass ein Absinken des lokalen Bruttosozialprodukts eine Rezession (nicht nur) über sein Bundesland bringen würde. Und eine tiefe Wirtschaftskrise in ganz Deutschland oder gar der EU würde nicht nur seine Partei (und andere) hinwegspülen, sondern vermutlich dem Rechtsextremismus katastrophalen Zulauf bescheren.

Völlig daneben ist der Titel des Buchs. Moralgesteuertes Verhalten ist das Essential, mit dem sich der Mensch vom Tier unterscheidet. Natürlich kann man über moralische Anforderungen streiten (soll man auch, tut man auch), aber man kann sie nicht pauschal ausknipsen. Niemand kann das, weder der Papst noch Herr Kopatz. Der hält das im Text auch gar nicht durch: wenn er z.B. auf die Wahrnehmung von "Verantwortung" pocht, setzt er voll auf einen moralischen Topos; und endlos weite Tiertransporte bezeichnet er als "ethisches Desaster".

Geradezu absurd mutet die Begründung für den Aufruf zur Unmoral an: moralische Appelle würden "schlechte Stimmung" hervorrufen. Das Orchester auf der Titanic soll weiterspielen, auf dass der seit drei Jahrzehnten existierende Buchtitel "Wir amüsieren uns zu Tode" endlich einmal grausige Wirklichkeit wird, oder? Und dass wir mit unserer "imperialen Lebensweise" andernorts Schäden anrichten, die tödlich sein können, dürfen wir wohl auch nicht sagen, weil es ebenfalls keine gute Stimmung macht. Zur Bewahrung der guten Laune darf man die Moral über Bord werfen - diese Botschaft spricht aus dem Buchtitel.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne eine existentielle Krise zum Wohlfühlthema hochjubeln. Klar, es soll ja nur eine Strategie für ein ehrenwertes Ziel sein. Aber sie wird nicht funktionieren. Sie unterscheidet sich kaum von jener der "Green-Washer" (ein solcher ist Michael Kopatz absolut nicht), die den Leuten weismachen wollen, mit ein paar technischen Innovationen (die es nur leider noch nicht gibt) könne man's richten und die "imperiale Lebensweise" hierzulande beibehalten. Ohne ein noch unbekanntes Maß an Resilienz werden wir sicher nicht davonkommen, und das sollte man auch offen propagieren.

Der Autor hat ja völlig recht, wenn er das persönliche Konsumverhalten als sekundär und den politischen Widerstand gegen das infrastrukturelle Nichtstun als das entscheidende einstuft. Da es (Adorno) kein "richtiges" Leben im falschen gibt, wird jeder Öko-Pragmatiker früher oder später durch strukturelle Mängel und Zielkonflikte ausgebremst, die er privat nicht beheben kann. Weil diese Grenzen vom persönlichen Umfeld abhängen (z.B. ÖPNV-Nutzung: Ballungsgebiet versus ländlicher Raum, alleinerziehende Mutter versus zeitautonomer Rentner usw.), kann niemand sie allgemeingültig definieren und damit auch nicht als moralisches Postulat fixieren. Und richtig: Lamentieren hilft schon überhaupt nicht. Aber wenn man einen plakativen Titel für sein Buch braucht, muss man nicht gleich die Moral abschaffen wollen.

Die Strategie der moralischen Absolution zwecks politischer Motivation verheißt wenig Erfolg. Wer ohne Rücksicht auf Verluste seine egoistischen Bedürfnisse befriedigt, wird keinen politischen Finger rühren, um sich daran durch Gesetze, Standards und geänderte Verhältnisse hindern zu lassen. Die Diskrepanz zwischen realer Verhaltensweise und wohlfeilen Absichtserklärungen in Umfragen ist natürlich auch dem Autor nicht entgangen. Er nennt sie Schizophrenie. Schizophrenie ist eine Krankheit, für die der Patient nicht verantwortlich ist und aus der er auch nur durch fremde therapeutische Hilfe herauskommen kann. Kaum anzunehmen, dass Millionen Deutsche an diesem Leiden erkrankt sind. In Wahrheit steckt wohl hinter der nicht zu übersehenden Widersprüchlichkeit in den meisten Fällen schlicht - Verlogenheit; ein Wort, das Michael Kopatz offenbar scheut wie der Teufel das Weihwasser. Verlogenheit ist in der Regel keine Krankheit, sondern eine Charakterschwäche, moralisch sehr schwer zu rechtfertigen, aber sehr wohl aus eigener Kraft zu überwinden. Man hätte das Buch "Schluss mit der Verlogenheit" nennen können.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

Erscheinungsdatum 10.5.2019

Wolfgang Kessler: Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern. Eine Streitschrift

Wie der Titel schon nahelegt, haben wir es hier mit systemimmanenten Vorschlägen zu tun. Obwohl der Autor promovierter Ökonom ist, kann man kein revolutionäres Szenario erwarten - ob aus Überzeugung oder anderen Gründen, bleibt dahingestellt. Dennoch kann das Buch für Einsteiger geeignet sein, die sich vorsichtig an das sozial-ökologische Transformationsthema heranpirschen möchten. Man muss auch eingestehen, dass selbst die Umsetzung eines Teils der vorgestellten reformistischen Ansätze schon eine erhebliche Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten würde. Und mit dieser Erkenntnis kann man jene konfrontieren, die wegen den Unwägbarkeiten größerer Veränderungen vor diesen zurückschrecken und sich ängstlich an den status quo klammern. Ein Bericht in der Zeitschrift "Futur Zwei" aus dem Stadtrat von Bautzen zeigt, dass dort - wo die AfD und eine ihr nahestehende Bürgerliste die Mehrheit haben - in der CDU die Tatsache des menschengemachten Klimawandels kein gesicherter Wissensstand ist.

Andererseits besteht in solchen Publikationen immer auch die Gefahr der Verharmlosung. Wenn alles im gewohnten System-Rahmen behoben werden kann, kann es ja nicht so schlimm sein; man kann also beruhigt sein - und dann ist der Schritt nicht mehr weit, alles beim alten zu lassen. Dies ist die Ambivalenz auch dieses Büchleins (122 großbedruckte Seiten).

Rolf Oesterlein, 1.4.2021

Erscheinungsdatum: 8.5.2019

Mathias Binswanger: Der Wachstumszwang

Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben

Die Fortsetzung von "Geld aus dem Nichts" (2015). Auch der Wachstumszwang wird angeblich von den Mainstream-Ökonomen nicht als existent akzeptiert, bzw. schlicht nicht behandelt. Deshalb ist Binswangers Buch, zumindest vom Unterton her, kritisch gegen diesen Mainstream gerichtet.

Offenkundig wendet sich der Text auch, vielleicht sogar vornehmlich, an NichtökonomInnen. Es werden zur Erklärung des Wachstumszwangs als eine systemische und damit keineswegs optionale Komponente des herrschenden "kapitalistischen Wirtschaftssystems" ausgesprochen einfache Formulierungen, einfache Beispiele, ja sogar einfache Szenarien entworfen. Dabei ist allerdings vieles redundant. Es ist rasch einleuchtend, worauf der Autor hinauswill, und das wird dann immer wieder durchgequirlt, ohne dass man dabei aber etwas wirklich Neues erfährt. Alle Aussagen sind rein qualitativ, irgendetwas "durchgerechnet" wird nicht.

Etwas wunderlich wirkt das Kapitel, das sich mit ökonomischen Vorschlägen aus der Ecke der nach Postwachstumsmöglichkeiten suchenden Ökologen (Nico Paech usw.) befasst. Einige dieser Vorschläge werden zwar reportiert, aber dann mit dem Argument zurückgewiesen, solche Maßnahmen stimmten nicht mit der Realität des aktuellen Wirtschaftssystems überein. Es sieht so aus, als habe Binswanger überhaupt nicht realisiert, dass die Ökologen ja keineswegs das aktuelle System unverändert beibehalten wollen, sondern geradezu nach Modifikationen suchen. Ob man nach irgendwelchen Änderungen das daraus resultierende System dann noch als "kapitalistisches Wirtschaftssystem" gemäß der reinen Lehre des Mainstreams oder auch des Herrn Binswanger (falls er sich wirklich vom Mainstream unterscheidet) bezeichnen kann, wird man dann sehen, wenn man etwas gefunden hat, ist aber mindestens derzeit noch ohne Belang. Worauf es ankommt, ist die Frage, ob die Änderungsvorschläge funktionieren können, ob sie die gesetzten Ziele erreichen oder ob sie unerwünschte Nebeneffekte haben, die nicht tolerierbar sind (wie z.B. im aktuellen System schwere Rezessionen mit flächendeckend ansteigenden Insolvenzen und Arbeitslosenzahlen). Aber genau darüber gibt das Buch so gut wie keine Auskunft.

Stattdessen findet man einen etwas skurrilen Exkurs über Bürokratie. Diese wird angeblich vom kapitalistischen System generiert, um den Konsum verstärkende Arbeitsplätze zu schaffen. (Der Konsum als wichtige Säule des Kapitalismus wird auch noch in einem Kapitel über die Kunst der Bedürfnisweckung in gesättigten Märkten hervorgehoben.) Zwar böten diese "Bürokratie-Arbeitsplätze" weitgehend nur sinnlose "Bullshit-Jobs", aber wenn man diese weglassen und die Arbeitszeit der sinnvoll Arbeitenden entsprechend reduzieren, die sinnvolle Arbeit also auf mehr Köpfe verteilen würde, dann müsse ja deren Lohn, konsumfeindlich, reduziert werden - ein schlichter "Rechenfehler": Binswanger übersieht das Nullsummenspiel in dieser Situation.

Als Beispiel für die Bürokratie-Theorie wird noch das Gesundheitssystem thematisiert, allerdings zu oberflächlich, als dass man etwas lernen könnte.

Die "Grenzen des Wachstums" greift Binswanger dann nochmals explizit auf, mit dem Fazit, dass sie nicht in Sicht seien. Als Beleg nennt er allen Ernstes u.a. eine Umfrage in USA, gemäß der die Mehrheit der Bürger genau das glaube. Und tatsächlich: er fordert den *Glauben* ans Wachstum! Und wie kann man den aufrechterhalten? Man redet sich z.B. ein, dass Dinge, die in der Vergangenheit Bestand hatten, **deshalb** auch in der Zukunft bestehen werden. Wer dreimal bei der ärztlichen Vorsorge befundfrei war, wird das auch in Zukunft sein und daher ewig leben - gilt ja als allgemeine Erfahrung.

Ansonsten der übliche Green-Washing-Nonsense: erhöhte Energie-Effizienz wird mit Entkopplung von Ressourcen- und BIP-Wachstum gleichgesetzt, die technische Innovation ist dank der Halbgötter im Ingenieurskittel grenzenlos, und wenn Prospektoren irgendwo etwas gefunden haben (und sie haben doch immer noch etwas gefunden!), sind alle Probleme gelöst. Auch die Klimaproblematik wird aufs Lächerlichste "widerlegt". Es zeigt sich wieder einmal: spätestens wenn sie fachfremd argumentieren, wirken die meisten Ökonomen wie die berühmten "Nieten in Nadelstreifen". Und wenn sie behaupten "Der Kapitalismus funktioniert bestens - nach wie vor.", weiß man auch, dass sie die Frage "Bestens für wen?" nie stellen werden, weil sie sie längst ideologisch beantwortet haben: bestens für die Profiteure.

Allerdings: Den Satz "Eine kapitalistische Wirtschaft kann keine Postwachstumsökonomie sein" sollte man sich merken - er könnte stimmen.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

Erscheinungsdatum: 13.2.2019

Harald Welzer: Alles könnte anders sein.

Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen

Der rund 300 Seiten lange Text ist ein thematischer Rundumschlag. Der fällt dem routinierten Autor, der sich eine beachtliche Prominenz erarbeitet hat und als publizistischer Allrounder an vielen Orten präsent ist, nicht allzu schwer. Viele kluge Einsichten werden häufig außerordentlich brillant formuliert: "Nachhaltig sind wir erst, wenn es den Begriff nicht mehr gibt." ist so ein Beispiel.

Am besten ist der analytische Teil des Buches. 1989, als man (also: der Kapitalismus) sich am Ziel wähnte und "mit dem Weiterdenken aufhörte", haben die Probleme begonnen. Bis dahin konnten auch Arbeiterschichten mit Wohlstandszuwächsen rechnen, und das war der psychologische Kitt der Nachkriegszeit als Kontrast zum Kommunismus. Darauf glaubte man ab jetzt verzichten zu können. Öffentliche Gemeingüter (z.B. Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren) wurden systematisch kaputtgespart; die Zahl der Sozialwohnungen ist in den letzten 30 Jahren von 3 auf 1,2 Mio. zurückgegangen.

Dann wurde es in der Komfortzone unbequem, weil die "Rechnung" für diese Lebensweise langsam ins Bewusstsein drang, indem z.B. Komfortbedürfnisse auf Überlebensbedürfnisse trafen (Fettleibigkeit versus Unterernährung). Als Zeichen eines Verfall-Prozesses identifiziert Welzer das Ignorieren der Untergrenzen der Humanität. Weltweit 69 Millionen Flüchtlinge (Prognose für die nächsten 3 Jahrzehnte: 250 Millionen) zeugen vom schlechten (unsicheren) Leben in einem System, das seine Grundlagen auffrisst (konsumiert). Aktuell haben alle Länder dieser Erde entweder eine hohe Lebenssicherheit oder einen kleinen ökologischen Fußabdruck; das utopische Ziel besteht darin, beides zu haben.

Hierzulande hat die Korrelation zwischen Einkommen und Lebensglück längst den Sättigungspunkt überschritten. Dennoch verharren die Bürger in ihrer Rolle als Verbraucher, der auf Lieferung pocht: Produkte, Dienstleistungen, Informationen, Politikangebote. Hineingedrängt in diese Rolle werden sie von einer Elite, deren öffentliche Vertreter sich mit gutem psychologischem Erfolg als "gewiefte Agenten gesellschaftlicher Lebenslügen" betätigen. Trotz umfangreichen Wissens ist die Veränderungsbereitschaft dünn gesät. Jeder Mensch muss in der Gesellschaft flexibel sehr unterschiedliche Rollen wahrnehmen (schon als Schüler jeweils gegenüber den Eltern, Mitschülern, Lehrern); das führt zu Überforderung und Widersprüchlichkeiten: trotz Sorge ums Klima werden Kreuzfahrten gebucht und SUV's gefahren.

Ein weiteres Symptom des Verfalls ist für Welzer das Erstarken der Menschenfeinde. Erich Fromm wird zitiert mit der Erkenntnis, dass Menschen, die Orientierung, Halt, Anweisung brauchen, sich dort anschließen, wo vordemokratische Untertanen gebraucht werden - weil sie "Furcht vor der Freiheit" haben.

Trotz alledem müssen die Verfechter eines "Weiter so!", die ein Experiment mit absehbar negativem Ausgang propagieren, diese Position noch nicht einmal rechtfertigen - im Unterschied zu allen, die nach Alternativen suchen.

Bei der Suche nach solchen Alternativen wird Welzers Buch, das in der Analyse durchaus überzeugend ist (wenn es auch nicht allzu viel Neues bringt), leider immer schwächer. Das beginnt mit polemischen Angriffen (z.B. gegen den Begriff "Anthropozän"), deren Zielgruppe und Argumentationskette unklar bleiben. Auch bei den Ausführungen zum Thema Bildung erschließt sich nicht, worauf der Autor hinaus will; was soll der (sachlich durchaus korrekte) Hinweis, im Holocaust hätten auch Inhaber des Dokortitels mitgewirkt?

Das Routinierte und der Hang zu allumfassender Thematisierung führen stellenweise zu einer bedenklichen Oberflächlichkeit. Das sei am Beispiel Bhutan etwas genauer erläutert:

Dieses Land hat als bisher einziges das Bruttonationalprodukt (angelsächsisch GNP = Gross National Product) als ökonomische Steuergröße abgeschafft und stattdessen als Alternative mit Forschern der Universität Oxford einen wohlüberlegten, komplexen Index entwickelt, der - in Anlehnung an das GNP - die Bezeichnung "GNH" (Gross National Happiness) trägt. Welzer kommentiert: *"So weit wird es mit dem Glück in einem Land nicht her sein, das im Index menschlicher Entwicklung (HDI) auf Platz 132 rangiert."*

Die Unterstellung, wer das Wohlergehen der Bevölkerung als wichtiges politisches Ziel ins Auge fasst, würde behaupten, dieses Ziel schon perfekt erreicht zu haben, ist schlicht - um eine Lieblingsvokabel des streitbaren Autors zu zitieren - Quatsch (niemand in Bhutan behauptet derlei, was man in der umfassenden englischsprachigen Internet-Dokumentation des Sujets nachlesen kann). Noch erschreckender ist die "Beweisführung" durch den HDI: in diesen Index fließt auch das einige Sätze vorher von Welzer abgelehnte GNP ein, dafür fehlen Nachhaltigkeitsaspekte und Größen wie soziale Gerechtigkeit. Vollends vergessen hat der Autor seine anderswo ausgesprochene (berechtigte) Aversion gegen Rankings und auch jeden Gedanken daran, dass man vielleicht keine kulturübergreifenden einheitlichen Kriterien für "menschliche Entwicklung" finden kann und damit das diesbezügliche Ranking schon a priori willkürlich und nichtssagend ist. Man gewinnt den fatalen Eindruck, dass hier im Geiste eurozentrischer Überheblichkeit die Grundhaltung hervorbricht, dass aus einem jämmerlichen, armseligen Dritte-Welt-Land irgendwelche progressiven Impulse einfach nicht kommen können.

Der größte Blackout des Buches liegt aber woanders. Es wird einerseits korrekt dargelegt, dass Menschen von Anfang an lernende, soziale Wesen sind, lange bevor sie zu "Individuen" werden (andernfalls würden sie nicht überleben). Und dass andererseits ein kultureller Rahmen mit sozialem Engagement, Altruismus und Ressourcenschonung dem Konkurrenzprinzip und der Nutzenmaximierung des

Kapitalismus widerspricht. Dennoch behauptet Welzer, mit einem "aufgeklärten Kapitalismus" werde sich alles zum Guten wenden. In diesem "aufgeklärten Kapitalismus" werde es keinen Wachstumszwang geben, und es ließen sich gleiche Lebenschancen überall in der Welt herbeiführen. Kein Wort darüber, wie das funktionieren könnte. Die Internalisierung aller Kosten, also auch der Umweltschäden usw., sei "betriebswirtschaftlich keine Hexerei". Kritische Ökonomen haben hingegen ausgerechnet, dass diese Kosten-Internalisierung - also das konsequente Verursacher-Prinzip - die Rentabilität zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten zerstören und einen Einbruch des Wachstums mit massenhaft Insolvenzen, also eine massive Rezession herbeiführen würde, mit Folgen, die das Erstarken der rechtsextremen Menschenfeinde noch verstärken würde - das ist Welzer offenbar nicht bekannt, obwohl es der entscheidende, noch ungelöste Knackpunkt der sozialökologischen Transformation ist.

Insgesamt handelt es sich also um einen recht ambivalenten Text; mit Sicherheit ist es nicht die beste von Welzers zahlreichen, überwiegend sehr lesenswerten Veröffentlichungen. Vielleicht wäre es empfehlenswert, der umtriebige Autor würde sich eine Phase des Innehaltens verordnen und diese verstärkt der Reflexion seiner Widersprüche und Unzulänglichkeiten widmen.

Rolf Oesterlein, 1.3.2021

Erscheinungsdatum: 2.10.2017

Club of Rome (Ernst Ulrich von Weizsäcker): "Wir sind dran"

Der große Bericht: Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen.

Von Weizsäcker ist Herausgeber (Vorwort); viele Wissenschaftler haben Beiträge geliefert, ein Redaktionsteam hat harmonisiert.

3 Teile:

A Bestandsaufnahme, was alles nicht nachhaltig läuft

B Notwendigkeit eines philosophischen Umdenkens

C Ansätze für Änderungen bei Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft

Der Kommentar bezieht sich auf Teil C.

Es ist eine wilde & willkürliche Mischung von Ansätzen. Eine Linie ist nicht zu erkennen, geschweige denn auch nur der Versuch, ein homogenes Szenario zu entwickeln. Selbst Verbindungen zwischen den Einzelaktionen bleiben unklar. Die für sich genommen durchaus sinnvollen und erstrebenswerten Vorschläge bringen z.T. für das eigentliche Ziel überhaupt nichts, wie z.B. die Transaktionssteuer.

Der Kapitalismus soll offenbar unbedingt unangetastet bleiben. Einige der beschriebenen Ansätze sollen die Nachhaltigkeitsaktivitäten rentabel machen, denn dann läuft ja im Kapitalismus alles wie von selbst. Deshalb soll auch nicht nach Lösungen für ein (BIP-)wachstumsfreies Wirtschaftssystem gesucht werden, sondern nach einer Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Ressourcen-Verbrauch. Allerdings weist die Zusammenstellung auch für dieses Problem keine systematischen Lösungsschritte auf.

Gefordert wird z.B. eine sog. "Donut-Ökonomie". Das ist ein anschaulicher Name für die Tatsache, dass die Wirtschaftswissenschaften kein eigenständiges, unabhängiges System zu gestalten haben, sondern ein in ein anderes, größeres eingebettetes und deshalb dessen Randbedingungen (Grenzen) berücksichtigen müssen. Der ökonomische Mainstream verweigert diese Sichtweise bis dato strikt, wenn er z.B. die schädlichen Auswirkungen seiner weltweiten Rezepte (z.B. die Generierung von Bürgerkriegen infolge von Durchsetzung einer unsozialen Austeritätspolitik) mit der Begründung "Nicht zuständig!" einfach ausblendet. Diese "Donut"-Ökonomie zu fordern, ist natürlich völlig richtig, aber nicht ausreichend und, trotz des neuen Namens, gefühlt seit ewigen Zeiten bereits als Notwendigkeit benannt. Vielleicht sollte man einmal damit anfangen, diese Ökonomie zu spezifizieren. !?

Enttäuschend ist auch, dass ein Naturwissenschaftler wie Weizsäcker sich bei seinen Überlegungen auf "demokratisch mehrheitsfähige Reformen" beschränken lässt, wohlwissend, dass die Physik keine noch so gut gemeinten Abstimmungen akzeptiert. Die zukünftigen Aufgaben als "spannende Reise" zu bezeichnen, ist eine verantwortungslose Verharmlosung der aktuellen, existentiell brisanten Situation. "Die Denklinie von nicht-nachhaltigem Wachstum verlassen" - das erweckt den falschen Eindruck, man habe das "nachhaltige Wachstum" (s.o., "Entkopplung") bereits gefunden. Eifrig wird an die Unternehmerschaft appelliert, als "private Sponsoren" aufzutreten; die gnadenlose Wallstreet soll mit Philanthropie bekämpft werden - vielleicht begeistern sich dann alle für die "Gemeinwohl-Ökonomie", die Christian Felber im Buch auch (kurz) darstellen darf.

Alles in allem kann (und soll?) man den Eindruck gewinnen, alle diese kreativen Ideen würden sich konfliktfrei zu einem homogenen Ganzen fügen, das das Postwachstumsproblem endgültig und zufriedenstellend löst; niemandem muss dabei auf die Füße getreten werden, niemand muss irgendwelche "Besitzstände" aufgeben. Ein Bärendienst für das Thema.

Ein im Anhang mit Leseprobe aufgeführtes Buch von Prof. Hans Joachim Schellnhuber, dem Gründer und langjährigen Direktor des Potsdam-Instituts macht wenigstens die Brisanz, die existentielle Bedeutung des Themas deutlich ("Selbstverbrennung - die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff"): "Es sind ungeheuerliche Dinge geschehen, die uns ins Ohr brüllen, dass die vertraute Welt aus den Fugen gerät."

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

Erscheinungsdatum: 31.8.2017

Helge Peukert: Das Moneyfest: Ursachen und Lösungen der .Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise

Helge Peukert ist Professor am Forschungsbereich "Plurale Ökonomik" der Universität Siegen, an dem auch Nico Paech tätig ist. Sein hier vorgestelltes Buch befasst sich in 3. Auflage kritisch mit der Finanzkrise von 2008ff, Stand 2017. Da das Finanzsystem politisch als massiver Wachstumstreiber wirkt, sind seine

Auswirkungen auch im Zusammenhang einer sozial-ökologischen Transformation
.unbedingt eine genauere Betrachtung wert

Obwohl bei Banken, Politikern und Wissenschaftlern ein "business as usual" zu beobachten ist, das auf eine erfolgreiche Überwindung der Finanzkrise hindeuten könnte, sind die destabilisierenden Elemente, die sie verursacht haben, keineswegs entschärft; das Finanzsystem befindet sich seit einem Jahrzehnt in einem "Ausnahmestand". Die Krise war für viele Deutsche eher von theoretischer Natur, deshalb hat es weder auf der Straße noch an der Wahlurne nennenswerte Proteste gegeben; in Europa liegen 90% des Finanzvermögens bei 5% der Haushalte, und diese Eigentumsverhältnisse waren und sind ein Krisentreiber

Es haben bis 2017 und danach sogar Wendungen zum Schlechteren stattgefunden. In den USA hat die Regierung Trump viele bescheidenen Verbesserungen postwendend revidiert. Kriminelle Machenschaften wie der Cum-Ex-Skandal haben die Steuerzahler 30 Milliarden Euro gekostet. In der Eurozone gibt es Mitte 2017 faule Kredite in Höhe von ca. 1 Billion Euro; das ist eine Verdoppelung gegenüber 2008. Die weltweite Verschuldung beträgt 327% des globalen Bruttosozialprodukts (BSP). Die vielen "Nie wieder!"-Versprechungen bei der Bankenrettung wurden schon bald wieder gebrochen. Und für die "Bankenrettung" sind in Europa 1,6 Billionen € an staatlichen Beihilfen geflossen, um das "Casino" am Laufen zu halten und einigen ausgewählten Spielern das Risiko abzunehmen

"Rettungsschirme" darf es eigentlich gar nicht geben: sie widersprechen dem "Beistandsverbot" der EU-Verträge, widerlegen die neoliberale Lehre der Marktgläubigen (hier: die angeblich reinigende Wirkung von Insolvenzen) und lassen die Allgemeinheit haften, anstatt die Finanzwirtschaft anzutasten. Sie haben in Deutschland fast alle Banken am Leben gehalten. Diese haben sich mit allerlei Trickserien bedankt, z.B. bei den Banker-Gehältern. Verantwortliche Politiker wurden übrigens keine ausgetauscht (außer in Island). Scheinbar restriktive Maßnahmen wie Provisionsverbote, Regulierung von geschlossenen Fonds, Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel, Steueroasen-Abschaffung und Transaktionssteuer-Einführung blieben nur Diskussionsthemen, aber ohne Effekte

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Weltwirtschaftskrise in Vergessenheit geraten, und man deregulierte ohne zu reflektieren, dass Deregulierung Instabilität und Krisenanfälligkeit erzeugt. Sogenannte "Risikomanager" sind immer noch der Meinung, durch Mathematisierung zukünftige Entwicklungen im Griff behalten zu können, obwohl Extrem-Ereignisse viel häufiger auftreten als in der Theorie vorausgesagt. Auch der Computer-Einsatz hat die Rationalität nicht erhöht, sondern die Aufschaukel-Effekte durch blindes Herdenverhalten. Es gibt eine regelrechte "Finanz-Demenz", die zu gier- oder angstgetriebenen Euphorie-Ausbrüchen neigt und jegliche Lerneffekte unterbindet

Außer um die Akteure des Finanzsystems geht es Peukert, wie der Untertitel des Buchs nahelegt, auch um die Staatsverschuldung. Grundsätzlich sollte die Staatsfinanzierung durch Steuern und nicht durch Kapitalaufnahme erfolgen. Und wenn die Verschuldung doch eingetreten ist, sollten zu ihrem Abbau die Spitzeneinkommen und -vermögen belastet werden, weil das am gerechtesten ist. Eine Entschuldung über Austerität funktioniert nicht. Selbst der IWF hat mittlerweile seine eigene Unterschätzung der negativen Auswirkungen von Sparhaushalten

eingräumt. In Griechenland hat die sogenannte "Troika", die am europäischen Parlament vorbei gehandelt hat und aufgrund ihrer Immunität nicht verklagt werden kann, durch bemerkenswerte Kurzsichtigkeit gegläntzt und in Komplizenschaft mit den Reichen, die die Krise verursacht hatten, auf Kosten der Armen gespart; weder Vermögensabgaben noch Zwangsanleihen wurden den 2000 reichsten Griechen auferlegt. Die korrupten Regierungsstrukturen blieben unangetastet. Man hat der Troika eine Art "Richter-Funktion" übertragen, mit der sie rücksichtslos .Eigeninteressen gegen die Griechen durchgesetzt hat

Die Überdimensionierung des Finanzsektors (2007 betrug der Umsatz das 70fache des globalen BSP) erschwert jede Regulierung. Die vorhandenen Institutionen sind nicht unabhängig, eine internationale Regulierungsinstanz existiert nicht; sogar die G20 haben kein entsprechendes Mandat. Auch die Europa-Politiker, in einem labilen Gleichgewicht mit Wählern und der Finanzwirtschaft, treten international eher als Bremser jeglicher Regulierungsmaßnahmen auf. Steuer-Oasen, Steuerdumping, sogar Geldwäsche (Zypern) im eigenen Haus werden nur rhetorisch bekämpft; die ohnehin wenig aussagekräftigen Banken-Stress-Tests werden verwässert, ebenso das Einlagensicherungssystem, das einen massiven Run auf die Bankguthaben nicht überstehen würde. Peukert spricht auch hier von Komplizenschaft. Er kritisiert die willkürgesteuerte Anwendung der Maastricht-Kriterien und ist auf rund 70 nicht-sanktionierte Verfehlungen gestoßen. Dabei riskiert .eine Reformunfähigkeit der EU das Auseinanderbrechen des Euro-Raums

Was sollte getan werden? (Peukert hat seine Vorschläge auch in Kurzform in einem dem Buch beiliegenden "Moneyfest" formuliert; deshalb auch der Buch-Titel)

- Geschäftsfelder der Banken trennen (Trennbankensystem, das in den USA lange Zeit vorgeschrieben war); Trennung zwischen Eigenhandel & Beratung; also: eine begrenzte "Spielwiese" erlauben und den Geschäftsbanken "beruhigende Langeweile" verordnen
- Eigenkapitalanforderungen an Banken erhöhen ($\geq 30\%$, gab es in der Nachkriegszeit schon einmal); auch für die sog. Schattenbanken (Hedgefonds,) gegen spekulative Rohstoff-Preiserhöhungen (z.B. Aluminium); realistische Stress-Tests durchsetzen und angeblich "notwendige" Schlupflöcher, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen, schließen
- Entflechtung von "Mega-Banken", weil sie Blasen und scheiternde Fusionen generieren, weil "System-Relevanz" zu höheren Risiken verleitet, nur Selbsthaftung zu Vorsicht führt und jede Marktdominanz den Prinzipien der "Marktwirtschaft" widerspricht
- Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen (CDS), die zum Wetten gegen Staaten führen (z.B. Griechenland), regulieren, am besten abschaffen (fordert sogar der emirierte Mainstream-Ökonom Prof. Sinn)
- Derivate limitieren, die Einklagbarkeit und den Verkauf an Klein-Anleger abschaffen, weil das Risiko nicht im voraus erkennbar ist
- europäische Zoll-Union gegen Sozial- und Umwelt-Dumping schaffen; ähnliche Regulierungen bei der "heiligen Kuh" Freihandel
- Steuer-Oasen durch Mindeststeuersätze bekämpfen
- durch Umschuldungen Kreditrisiken von der Allgemeinheit auf die Anleger schieben
- öffentliche Kontrolle der Rating-Agenturen, deren Bewertungen derzeit von der BaFin in vielen Fällen vorgeschrieben werden, was als Werbung für ihre

- angebliche Qualität wirkt, obwohl sie oft nur Daten der zu bewertenden (und zahlenden!) Institute nutzen und in der Finanzkrise massiv versagt haben
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS), alternativ oder ergänzend auch eine leicht administrierbare Gewinnbesteuerung in Abhängigkeit von der Haltezeit - zur Entschleunigung der Transaktionen und Zurückdrängung des Derivate-Handels (kann durchaus auch in einzelnen Staaten eingeführt werden; das Kinderarbeitsverbot hat sich trotz "Wettbewerbsnachteilen" genau in dieser Weise ausgebreitet)

Ausführlich setzt sich Helge Peukert auch mit der Geldschöpfung auseinander. Sie geschieht heute nicht etwa durch die Zentralbanken, sondern durch die Geschäftsbanken mittels Kredit-Vergabe. Das bedeutet, dass der Staat nicht über eine souveräne Geldschöpfungsmöglichkeit verfügt, sondern abhängig davon ist, was auf dem Bankensektor geschieht. In guten Zeiten kommt es zu überschießender Kreditvergabe, über deren Verwendung keine Kontrolle besteht, in schlechten zu Crashes. Darin sieht der Autor einen Faktor der Instabilität.

Die Alternative ist ein (in Europa) von der EZB ausgegebenes sog. "Vollgeld". Dazu gibt es noch einen beträchtlichen Spezifizierungsbedarf, der sicher nicht ohne Kontroversen ablaufen wird. Aber die EZB wäre nicht mehr die "Bank der Banken im Interesse der Banken". Ihr Vollgeld hätte in der Staatsfinanzkrise nicht zur Verschuldung geführt. Die Kontrolle über die Geldmenge bedeutet die staatliche Unabhängigkeit von den Kapitalmärkten. Das Zinsgefälle innerhalb der EU und die Reichtumskonzentration werden durch EZB-Vollgeld reduziert. Die Sicherheit steigt, weil auf Konten eingezahltes Geld ständig verfügbar ist. Allerdings ist die Balance zwischen Inflation und Rezession auf EU-Ebene nicht ganz einfach sicherzustellen.

Beim aktuellen, an die Kreditvergabe gebundenen Geldsystem ist die Verschuldung ein Strukturmerkmal. 2012 erzeugten in Nordamerika 38 Billionen Dollar und in Westeuropa 33 Billionen Dollar privates Finanzkapital einen immensen Verzinsungs- und damit Verschuldungsdruck, dessen destabilisierende Auswirkungen nur durch ständiges Wachstum im Rahmen gehalten werden können. Beigetragen haben zur "Verschuldungswave" aber auch die Staaten und der Realsektor mit seinem Bedarf an Natur-Kapital. Das führt zur Kernfrage, wie eine Ökonomie ohne Wachstumszwang aussehen könnte. Eine Postwachstumsökonomie scheitert schon am Zinseszinsseffekt des aktuellen Finanzsystems, sie kann aber andererseits nicht schon durch dessen Reformierung erreicht werden, zu der Peukert auch den politischen Willen nicht erkennen kann. Im abschließenden 16seitigen Kapitel "Ohne intakte Biosphäre ist alles nichts!" zeigt er die Probleme, Dilemmata und eine gewisse Ratlosigkeit auf. Vielleicht ist das deshalb so, weil zu viele fähigen Köpfe gar nicht an der Herausforderung arbeiten, sondern im Finanzsystem, wo sie viel mehr Geld verdienen können

Rolf Oesterlein, 24.2.2022

Erscheinungsdatum: 26.9.2016

Jörgen Randers & Graeme Maxton: "Ein Prozent ist genug."

Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen

Das Buch präsentiert 13 politische Empfehlungen, um die 3 im Untertitel genannten Ziele (Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel) zu erreichen. Die über den Klimawandel hinausreichende Ressourcen-Problematik wird nur am Rande erwähnt, eigentlich ignoriert; daher auch der ärgerliche Titel, in dem die Zahl reichlich willkürlich ist und der Knackpunkt nicht angesprochen wird: wie sieht eine wachstums**freie** Ökonomie aus?

Der Physiker Randers, als junger Doktorand bereits 1972 an der Ausarbeitung des Berichts an den "Club of Rome" beteiligt, verlässt das naturwissenschaftliche Feld, geht auf die ökonomische Ebene und bindet auch den sozialen Aspekt mit ein. Er kritisiert konsequent den Neoliberalismus (die Marktradikalen) und fordert einen starken Staat, aber ohne eine neue Ökonomie systemisch zu skizzieren. Die behandelten Aspekte sind wichtig, z.T. auch sehr gut dargestellt (trotz einiger Schwächen in der Gliederung - manches kommt unverhofft), aber sie sind nicht "flächendeckend". Die Argumentation ist bezüglich der Detailliertheit inhomogen; manches muss man glauben (oder eben nicht). Einige Legenden werden trefflich widerlegt, z.B. die UN-Statistik von der weltweiten Reduktion der Armut. Auch das demokratische System des Westens wird (endlich einmal) sehr hart kritisiert, obwohl das vielleicht nicht zwingend zum Thema gehört, wenn man nur 280 Seiten hat. Manches rutscht aber auch unreflektiert in die Argumentation. Es ist ziemlich abwegig, wenn als Gegenpol zur westlichen Ausbeutung von Mensch und Natur ausgerechnet Venezuela und der Iran positiv erwähnt werden; eine solche Fehlleistung kann für manchen Leser das Vertrauen in die gesamte Diktion des Buches untergraben, was sehr bedauerlich wäre.

Die Ausführungen sind auf die westliche, "reiche" Welt fokussiert, weil die Autoren dieser die umfassenderen Handlungsoptionen und -pflichten zuschreiben. Am strittigsten unter den 13 Vorschlägen ist vermutlich der zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Da wird Beifall von der falschen Seite kommen; ebenso der Vorwurf, der reiche Westen wolle so seinen Wohlstandsvorsprung sichern. Dass Randers den ärmeren Ländern - im Unterschied zu den Staaten des Westens - klassisches Wachstum zubilligt (Nachhol-Effekt), wird möglicherweise zur Entkräftung nicht reichen.

Bei der Verdeutlichung der Brisanz der Situation schwankt das Werk unschlüssig zwischen Dramatisierung, Nüchternheit und freundlicher Ermunterung, was weniger vorinformierte Leser verwirren kann. Das gilt auch für Aussagen über die Zukunft, weil nicht immer klar ist, auf welches Szenario sie sich beziehen:

- a) die Situation, wenn keinerlei Umkehr stattfindet;
- b) die Situation, wenn (bestimmte) geeignete Maßnahmen ergriffen werden;
- c) die Situation, die nach Ansicht der Autoren in jedem Fall kommen wird.

Wie der zu befürchtende "Kollaps" aussieht, muss angeblich nicht beschrieben werden, da das bekannt sei. Einerseits wird er aber doch ein wenig angedeutet, andererseits erscheint fraglich, ob er tatsächlich allgemein bekannt und verinnerlicht ist.

Wenn nur ein Teil der Anregungen dieser Autoren in die Politik einflösse, würde das schon einen Richtungswechsel bedeuten. Dennoch ist das Buch nicht der große Befreiungsschlag, auf den man immer wartet. Da der auch nicht aus einer einzigen zündenden Idee bestehen kann, ist das auf 280 Seiten wohl auch nicht möglich.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

Erscheinungsdatum: 25.7.2016

Michael Kopatz: Ökoroutine

Damit wir tun, was wir für richtig halten

Um es gleich vorwegzunehmen: dem Autor ist hier eine nahezu perfekte Symbiose zwischen Theorie und Praxis gelungen. Die Diktion seines Buches charakterisiert er knapp und treffend:

"Im Alltag ersetzen oftmals Routinen zeitraubendes Abwägen und werden nicht als Zwang empfunden. In diesem Sinn soll sozialökologisches Verhalten zur Routine werden. Regeln und Standards sind hierbei – wie auf vielen Feldern - hilfreich; Standards können durch ihre sukzessive Verschärfung die Verhältnisse kontinuierlich verbessern. Ihre pauschale Diffamierung als „Verbote“ seitens der Öko-Bremser ist schlicht verlogen. Ökoroutine setzt auf starken Staat & starkes ziviles Engagement."

Im Folgenden ergießt er ein Füllhorn mit Anregungen über seiner Leserschaft aus, das seinesgleichen sucht. Anregungen dafür, wie sozialökologisches Verhalten - des einzelnen wie der Institutionen - aussehen könnten und wie es zur Routine werden kann. Es wird kaum ein Lebensbereich ausgelassen. Zu den Vorschlägen werden auch leicht eingängliche Argumente geliefert.

Die politische Ebene wird nicht ausgespart; es wird deutlich gemacht, dass ein Verharren im privat-individuellen Umfeld nicht ausreicht und fatal wäre. Mit der Erkenntnis, dass eine "Transformation mit den Profiteuren der alten Ordnung" eine Illusion ist, wird die Richtung vorgegeben.

Allerdings ist Kopatz kein Ökonom. Das Thema "Wachstumszwang" wird etwas ambivalent behandelt: einerseits wird es durchaus als systemisches Problem dargestellt, andererseits als eine Option, auf die Unternehmen auch verzichten könnten, wenn sie wollten. Insgesamt sind die Vorschläge häufig um Konformität mit dem aktuellen (neoliberalen) Wirtschaftssystem bemüht. Aber fairerweise sollte man einem Nichtökonom zugestehen, dass er eine System-Diskussion als einen Sprung in sehr kaltes Wasser empfindet und deshalb meidet. Das Anliegen des Buches ist auch ohne diesen Part legitim und bravourös umgesetzt.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

Erscheinungsdatum: 12.3.2015

Thomas Piketty: Die Schlacht um den Euro. Interventionen

Es handelt sich bei diesem Buch des bekannten französischen Wirtschaftswissenschaftlers nicht um einen zusammenhängenden Text, sondern um eine Sammlung von Artikeln und Kolumnen unterschiedlicher Länge. Sie behandeln verschiedene grundsätzliche wie aktuelle Aspekte finanzwirtschaftlicher Themen der Jahre 2007 bis 2015.

Piketlys grundsätzlicher Kritikpunkt am Konstrukt der Gemeinschaftswährung Euro ist das Fehlen einer gemeinsamen Schuldenverwaltung. Dadurch entfällt zwar die Spekulation auf die Währung der Einzelstaaten, aber nicht auf die unterschiedlichen Zinssätze ihrer Schulden. Piketty ist überhaupt ein entschiedener Verfechter einer politisch-ökonomischen Union. Er beneidet die USA, die eine viel effizientere Finanzpolitik betreiben können als die EU. Allerdings verrät er nicht, wo die Eigenständigkeiten aufhören und schon gar nicht, wie die zu treffenden Vereinbarungen für eine politische Union geregelt werden sollten.

Das Dilemma der unterschiedlichen Zinssätze für Staatsschulden besteht darin, dass ihre Festsetzung willkürlich erfolgt. Selbst die Nationalbanken richten sich immer noch nach den privaten Rating-Agenturen, obwohl diese in der Wirtschaftskrise von 2008ff massiv versagt haben und u.a. wegen des Prinzips, sich die Bewertungen von den Bewerteten bezahlen zu lassen, heftig kritisiert wurden. Ländern wie Griechenland kann von einigen wenigen Akteuren über Nacht die Zinslast von 3% auf 6% erhöht werden - mit katastrophalen Folgen für die Schuldner. Gemeinsame europäische Schuldverschreibungen würden dem einen Riegel vorschieben.

Piketty befasst sich auch mit der Frage, wo die Widerstände gegen eine "Schulden-Union" herkommen. Vehement kritisiert er "private Ressentiments", die keinen Platz in den komplexen ökonomischen Beziehungen haben dürften, wie etwa die Stereotypen von den "faulen Griechen": "Den Griechen liegt die Faulheit genau so wenig in den Genen wie den Deutschen die Nazi-Ideologie."

Er beschreibt die Situation in Zypern, wo russische Oligarchen ihr Geld abgeladen haben, das dann in "faulen" griechischen Anlagen versickerte. In der Wirtschaftskrise sollte dann die EU den Zyprioten helfen, und Piketty kritisiert zurecht, dass eine solche Hilfe letztlich die russischen Oligarchen unterstützt - wodurch andernorts keineswegs unberechtigte Aversionen gegen die "Eurobonds" entstehen.

Ein anderes Beispiel ist Irland, das mit niedriger Körperschaftssteuer ausländische Konzerne anlockt und dann in der Krise EU-Unterstützung fordert, um seine Steuern nicht erhöhen zu müssen - was bedeutet, dass die EU skandalöserweise die niedrigen Steuerzahlungen der ausländischen Konzerne subventioniert.

Natürlich hat Piketty insofern ein konsistentes Szenario vor Augen, als er sich intensiv mit dem Thema Steuern befasst und deren Einheitlichkeit in einer Fiskal-Union fordert, womit auch alle Formen des schädlichen Steuerdumpings, mit dem sich die EU-Staaten gegenseitig bekämpfen beim Konkurrieren um Nicht-EU-Konzerne, eliminiert wären.

Steuerpolitik sieht er innerhalb der Einzelstaaten als Mittel zur Bekämpfung des sozialen Auseinanderklaffens. Er verdeutlicht das anhand des Beispiels der L'Oréal-

Erbin Bétancourt in Frankreich. Er zeigt, wie der nominale Einkommenssteuersatz von 32% für die Superreichen durch zahlreiche Ausnahmeregelungen, die die Einkünfte künstlich vom tatsächlichen Wert nach unten rechnen, sich in empörender Weise verringert. Historisch verweist er auf die USA, die von 1930 bis Ende der 1970er Jahre exorbitant hohe Spitzensteuersätze eingeführt hatten, um die Krise zu überwinden und "die Verursacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen". Genau das sei bei der jüngsten Krise in den Jahren nach 2007 nicht geschehen.

In den Beiträgen mit aktuellen Bezügen erweist sich Piketty als kritischer Geist. Den Ex-Präsidenten Sarkozy bezeichnet er als "notorischen Lügner"; die Wirtschaftspresse bezichtigt er der unüberprüften Verbreitung manipulativer Zahlen aus unveröffentlichten Studien, die gar keine sind - sofern die Periodika nicht gleich vollständig von den Mächtigen aufgekauft werden. Er mokiert sich über die notorische Inflationspanik der Reichen bei Aktivitäten von Nationalstaatsbanken ("Geld drucken!"), während man in Wahrheit am Rande von Deflation und Rezession stehe.

Pikettys Empfehlungen zielen meist in die richtige Richtung (gegen Steuerflucht, für Einkommensangleichungen, für Stabilität im Finanzsystem), aber ein systemsprengender "Revoluzzer" ist er sicher nicht. Wachstum wird nicht in Frage gestellt, ökologische Probleme bleiben unerwähnt. Er hält aufgrund des technischen Fortschritts "immaterielles Wachstum" für möglich, ohne allerdings zu beleuchten, ob damit für Klimawandel und Ressourcen-Verbrauch „harmloses“ BNP-Wachstum erzielt wird (er scheint es anzunehmen).

Manche seiner Bewertungen sind - vielleicht auch infolge der Kürze der Beiträge - nicht nachvollziehbar oder auch anfechtbar. So wundert er sich, dass die EU trotz ihres in absoluten Zahlen stattlichen kumulierten BNP nicht stärker durch Sanktionen in die Weltpolitik eingreift, ohne auch nur ein einziges Beispiel dafür zu nennen, dass Sanktionen jemals in einer konflikträchtigen Situation etwas Positives bewirkt haben.

Rolf Oesterlein, 1.4.2021

Erscheinungsdatum: 4.7.2013

Marcel Hunecke: Psychologie der Nachhaltigkeit. Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften

In die nicht eben einfache Frage, wie eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Gesellschaft aussehen könnte, mischt sich immer wieder der Aspekt ein, wie man denn die - sachlich noch immer nicht ausreichend klar definierte - Transformation dorthin durchsetzen will. Man stößt auf mancherlei Hindernisse; eines davon ist die Befindlichkeit der Akteure: wie ticken die Politiker, wie die Wirtschaftsbesse, wie tickt die Bevölkerung? Die Soziologen und Psychologen halten sich, wenn man die Veröffentlichungen durchpflügt, offenbar sehr zurück bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes. Das vorliegende Buch ist das einzige, das bis dato zu diesem Thema auffindbar war (ansonsten werden psychologische Überlegungen gelegentlich in Büchern mit anderem Schwerpunkt, dann aber eher am Rande angesprochen).

Der Text ist eine vorsichtige Annäherung ans Thema. Im Bemühen, den Pfad der Wissenschaftlichkeit nicht zu verlassen, erfolgt zunächst ein ausführliches, aber sehr allgemein gehaltenes Abgrasen eher peripherer Aspekte. Die Erkenntnisse sind oft wenig konkret. Im Kern wird schließlich die Aussage herausgearbeitet, dass es 6 psychische Ressourcen gibt, die es für eine Transformation zur Nachhaltigkeit zu stärken gilt:

- Genussfähigkeit
- Achtsamkeit
- Selbstakzeptanz (Selbstbewusstsein)
- Selbstwirksamkeit (Selbstvertrauen auf die Fähigkeit, angestrebte Ziele zu erreichen)
- Sinnkonstruktion (die Definition erstrebenswerter Ziele)
- Solidarität

Dies scheint auf den ersten Blick enttäuschend wenig zu sein, kann aber sehr wohl als hilfreicher Leitfaden für Auseinandersetzungen und (kontroverse) Diskussionen zum Thema SÖT angesehen werden. Es wäre allerdings sehr zu wünschen, wenn es möglichst bald auf dieser Schiene weiterführende Überlegungen und Anregungen gäbe.

Rolf Oesterlein, 1.4.2021

Erscheinungsdatum: 3.4.2012

Nico Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie

Zusammenfassung:

Nico Paech hat, lange bevor Ulrich Brand den Begriff der "imperialen Lebensweise" geprägt hat, dieselbe mit messerscharfer Analyse auseinandergenommen und ihre fehlende Nachhaltigkeit als systemimmanent entlarvt. Er widerlegt die Legende der "Greenwasher", mittels technologischer Innovation könne man die sich verschärfenden sozial-ökologischen Probleme lösen, ebenso wie die Hoffnung auf (absolute) Entkopplung des BIP-Wachstums vom Ressourcenverbrauch. Er identifiziert die Form der Geldschöpfung und den Zinsdruck als BIP-Wachstumstreiber der herrschenden Ökonomie. Als Konsequenz entwirft er ein Ziel-Szenario für die Überwindung des aktuellen Wirtschaftens und der damit verbundenen Lebensweise. Die entgrenzten weltweiten Fremdversorgungsketten mit hohem Risiko und starkem Kapitaleinsatz sollen durch Lokalisierung und eine Reduzierung der Ansprüche hin zu einem Lebensstil der Suffizienz ersetzt werden. Das schmale Büchlein (155 S., < DIN A5) bietet keine detaillierte Ausarbeitung des Szenarios mit der Beantwortung aller offener Fragen. Es finden sich auch etliche Ansatzpunkte für Kritik (die im folgenden Text *kursiv und rot* gekennzeichnet sind). Dennoch ist das Buch fast ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung noch immer eine Art Standard-Werk, und man sollte es keiner der vielen Nachfolge-Publikationen durchgehen lassen, wenn sie hinter dessen Erkenntnis-Stand zurückfällt. Deshalb lohnt sich auch eine detaillierte Auseinandersetzung mit ihm.

In der **Einleitung** wird die Ursache für die "Wohlstandsdämmerung" in dem hierzulande herrschenden Gesellschaftssystem beschrieben. Das Konsum- und Mobilitätsniveau mit weltweiten Versorgungsketten wird von der Globalisierung mit all ihren ökologischen Schäden ermöglicht und gefördert. Letztere technologisch zu beheben, ist so aussichtslos wie eine Hydra zu köpfen - man regt bekanntlich nur den Prozess des Nachwachsens an. Selbst Reduktion an einer Stelle führt zu erhöhter Wertschöpfung anderswo (Rebound-Effekt); das wachsende Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird zum Indikator für die Öko-Katastrophe. Eine Steigerung des Glücks kann nur im Individuum liegen und muss nicht monetär sein; aber dann bewirkt sie kein BIP-Wachstum. Unser derzeitiger "Wohlstand" ist ohne dieses Wachstum nicht zu stabilisieren und auch nicht vom Naturverbrauch zu entkoppeln. Gesucht wird also eine Postwachstumsgesellschaft, die die Versorgungsresilienz und das Glück erhöht, keinen Verzicht verlangt, sondern Suffizienz und den Blick aufs Wesentliche freigibt.

Kapitel 1: "Über seine Verhältnisse leben - ein vermeintliches Menschenrecht"

Dieses Kapitel beschreibt unser schädliches Wirtschaftssystem auf individueller wie auch gesellschaftlich-politischer Ebene und das zugehörige ideologische Zusammenspiel zwischen beiden Ebenen. Es erklärt, warum so gut wie nichts ökologisch geschützt wird und Politiker schon bei entsprechenden Versuchen "demokratisch" abgestraft werden. Dass alles mit allem zusammenhängt, schützt die Umsetzung der ideologischen Verblendung vor selektiven Eingriffen auf sachlicher, lokaler oder zeitlicher Ebene. Die Agrar-Subventionen, ohne die niemand hierzulande verhungern würde, dienen der Minimierung der Lebensmittelkosten, damit dem Konsumenten mehr Mittel für andere, eher expansive und entgrenzte Aktivitäten zur Verfügung stehen; auch kleinräumige Bio-Landwirtschaft ist innerhalb dieses Konzepts nicht wohlgekommen. Die ganze Sache funktioniert nicht ohne Verschuldung, also eine Verlagerung der Kosten auf spätere Lebensabschnitte oder gar Generationen.

Kapitel 2: Fortschritt als Illusion

Die Effizienzsteigerung durch Arbeitsteilung wäre rasch am Ende, wenn man nicht eine totale Entgrenzung von Raum und Zeit betreiben würde, d.h. binnen kürzester Zeit kann auf Zulieferer zugegriffen werden, die auf der anderen Seite der Erdkugel sitzen. Innovationen und Produktionsfortschritte bringen ökologisch meistens nichts, weil sie Umsatz und Wachstum erhöhen, ebenso fast immer den Energie-Einsatz. Von Einsparungen kann keine Rede sein. Übrigens ändert der ewige Verteilungsstreit (zwischen Kapitalisten und ihren Kritikern, z.B. den Marxisten) am ökologischen Raubbau nichts, egal, wer sich durchsetzt.

Ansonsten werden durch Innovation in der Regel körperliche Arbeiten durch (elektrische) Maschinen ersetzt ("Bequemokratie"). Kulturkritisch vermerkt Paech, dass dadurch eine Reduktion manueller Fähigkeiten und der Bereitschaft zu Suffizienz eintritt. Und man wird abhängig von den "Energiesklaven": wehe, wenn der Stecker gezogen wird. Der nicht körperlich arbeitende Mensch "leistet nichts", behauptet der Autor. Als Beispiele nennt er sog. "unnütze" Produkte, die in der Tat

wohl ohne Unterstützung der Energiesklaven nicht entstehen würden. *Es wird nicht so richtig klar, was genau den Autor - außer Energie- und Ressourcenverschwendung - hier eigentlich stört. Denn eine rein geistige - z.B. koordinierende - Tätigkeit ist keine körperliche, aber ggf. doch nützliche und sollte nicht a priori pejorativ besetzt werden* (53).

Auch Bildung scheint Paech suspekt zu sein - sie könnte benutzt werden, den "Fortschritt" in die falsche Richtung zu treiben. *Alternative? Das richtige tun durch dumm bleiben?*

Gegen Ende des Kapitels kommt der Autor dann beispielhaft zu einigen für ihn wichtigen Knackpunkten. Aus einem vom WGBU berechneten jährlichen Pro-Kopf-CO₂-Verbrauch von 2,7 Tonnen (zur Einhaltung des 2-Grad-Temperaturanstiegs) folgt für ihn lapidar die Notwendigkeit zur **Sesshaftigkeit** und damit auch eine Begrenzung beim Güter-Transport, aber auch die Begrenzung der Effizienzsteigerung auf CO₂-einsparende Geräte und Maßnahmen: mechanische Rasenmäher, Angelruten, Fahrräder, ökologischer Landbau (*Traktoren-Reduzierung hat er vergessen*), Mehrwegverpackungen, Segelschiffe, reparable Holz- und Metallprodukte; Industrieprodukte und konventionelle Verkehrsmittel nur noch sehr sparsam als Ergänzung für Notfälle).

Diese "manualisierte" menschliche Arbeit soll im kommerziellen Bereich auf 50% sinken; *die Zahl wird allerdings nicht schlüssig erklärt.* (59) Dass ein "Wohlstandsverlust" - Wohlstand im vom Mainstream definierten Sinne - unvermeidlicherweise eintreten muss, ist hingegen schnell ersichtlich. *Zweifel wiederum weckt die Erwartung, dass handwerklich-instandhaltende Tätigkeiten im nichtkommerziellen Bereich die Industrieprodukte verbessern (z.B. länger erhalten) und zudem einen "Rückfall ins Mittelalter" verhindern könnten. Ob Paech da nicht das "Heimwerker-Potential" überschätzt?* Dass man die Share-Ökonomie zumindest für eine Reihe von wichtigen Dingen im Nichtkommerziellen ansiedeln könnte, ist auf jeden Fall den Versuch wert.

Kapitel 3: Freiheit als Illusion (63ff)

Das geldbasierte System der Fremdversorgung schafft Abhängigkeiten und deshalb auch Ängste dahingehend, dass sowohl der fremdbeeinflusste Güter-Fluss als auch der für die Versorgung notwendige Geldfluss versiegen könnten. Ersatz-Versorgung durch eigene Leistung wird in diesem Fall nicht funktionieren, weil man sie mittlerweile verlernt hat. Diese Situation marginalisiert den Spielraum für eine nachhaltige Entwicklung. Auch durch eine gerechtere Verteilung des "Wohlstands" innerhalb einer Gesellschaft wird sich an diesem Problem nicht zwingend etwas ändern.

Die "Achillesferse" dieses Systems ist die durch das weltweite Anwachsen der Konsumenten-Schicht immer weiter steigende Nachfrage nach Gütern, welcher Ressourcen-Verteuerung und -Mangel entgegenstehen (Peak-Oil und "Peak of everything": Lithium, Coltan, seltene Erden, diverse Metalle usw.). Das kann - selbst ohne Nachhaltigkeitsbemühungen - nicht problemlos fort dauern, sagt schon 2010 eine Bundeswehr-Studie (!) und vermeldet für Deutschland heraufziehende "strukturelle Risiken" erschreckenden Ausmaßes. Finanzkrisen werden ebenfalls aus

dieser Situation generiert, nicht nur aus dem instabilen Spekulationssystem selbst. Die einzige Option aus Paechs Sicht: der Rückbau des gigantischen Fremdversorgungssystems und der überzogenen Ansprüche.

Kapitel 4: Mythos Entkopplung [71ff]

Ausführlich befasst sich Paech hier mit dem Thema Entkopplung von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch bzw. sonstigen ökologischen Schäden. Die Propagandisten des "grünen Wachstums" glauben, dieselbe erreichen zu können durch ständige Erhöhung der "Ressourcen-Effizienz" und perfektere Kreisläufe, unterstützt durch regenerative Energie-Erzeugung. Begrifflich unterschieden werden muss zwischen relativer (d.h. der ökologische Schaden pro BIP-Einheit sinkt) und absoluter (ökologischer Schaden sinkt insgesamt bei wachsendem BIP) Entkopplung.

Die Entkopplungsbemühungen beruhen immer auf zusätzlichen Effizienz- und Konsistenz-Maßnahmen und nicht auf dem Rückbau der alten Produktionsanlagen. Beispiele: Passivhäuser erfordern neue Segmente zusätzlich zum konventionellen Bausektor; E-Autos mit regenerativer Energie brauchen additiv: neue Produktionsstandorte, Stromtrassen, IT-Endgeräte, Lade-Stationen, Produktions- und Entsorgungsanlagen für Akkus

Bei den Verbesserungsmaßnahmen bestehen oft anfangs nicht erkannte Risiken. Beim Katalysator z.B. wird viel Platin benötigt, und er emittiert im Betrieb Edelmetalle, Keramikfasern, Lachgas, Ammoniak- sein ökologischer Rucksack ist schwerer als geplant. Paech stellt weitere Beispiele dar. Der "Fortschritt" in unbekanntem Technik-Feldern ist grundsätzlich risikobehaftet; zuschlagende Risiken werden oft erst erkannt, realisiert bzw. zugegeben, wenn der Schaden eingetreten und schwer zu beheben ist. Es wird eine neue "Schicksalsabhängigkeit" aufgebaut, obwohl man mit dem Fortschritt gerade einer solchen entfliehen wollte.

Ökologisch sind Entkopplungsbemühungen häufig nur Verlagerungen eines Problems (81ff): zeitlich (hin zur Verschrottung), systemisch (erneuerbare Energie reduziert Emissionen, erhöht aber Flächenverbrauch), materiell (E-Mobilität verbraucht für Akkus seltene Ressourcen), räumlich (Schadstoffe werden ins Ausland abgeschoben), technisch (IT-Innovationen erhöhen Elektroschrott). Effizienzsteigerungen führen fast immer zu finanziellen Rebound-Effekten, was jede Entkopplung zunichtemacht und schwer zu bekämpfen ist (84ff). Würde man die Effizienz-Gewinne abschöpfen und sowohl dem Konsum als auch den Produzenten entziehen, würde das den Anreiz für Effizienz stören. Und außerdem auch kein Wachstum schaffen - was gut wäre, aber eben keine Entkopplung.

So weit, so schlüssig. *Kritisch zu ergänzen (gegenüber Paechs Darstellung) ist hier jedoch folgendes: Was für die Entkopplung zutrifft, ist nicht grundsätzlich unantastbar. Ob Kaufkraftgewinn zu ökologisch schädlichem Konsum führt, kann und muss in jedem Fall regulatorisch gesteuert werden - etwa durch künstliche Preiserhöhung oder Verbot, natürlich mit der Konsequenz des Wachstumsverzichts. Eine punktuelle Betrachtung von Einzelbeispielen verhindert hierbei den notwendigen Blick aufs Ganze. Deshalb kommen auch alle wohlmeinenden Vorschläge für ein Ziel-Szenario letztlich nicht ohne ein modellgestütztes*

Durchrechnen aus. Paech mischt hier in seine Argumentation Spekulationen darüber ein, was politisch durchsetzbar sein könnte und was nicht. Das ist aber fehl am Platze, wenn es darum geht, das herauszufinden, was erstrebenswert wäre. (Dass das "Komfortbedürfnis" mit seiner ständigen Ausweitung des Einsatzes von "Energiesklaven" nicht einfach zu bekämpfen ist, stimmt natürlich durchaus.)

Ansonsten erkennt Paech sehr wohl und mit geschärftem Blick, dass im Detail verlockende Optimierungen in der Gesamtsicht ökologisch problematisch sein können. Er spricht von "psychologischen Rebound-Effekten" (90). So hat der bereits erwähnte Katalysator die fossile Abrüstung bei den Benzinern verhindert; Passivhäuser fördern die Bauwut und Bodenversiegelung, Photovoltaik-Anlagen den Energie-Verbrauch - als seien die additiven Neuerungen zum ökologischen Nulltarif zu haben. Ähnlich ticken viele Leute auch im persönlichen Bereich. Manchmal werden die "entlastenden" Alibi-Effekte sogar nur behauptet, aber nicht oder noch nicht realisiert. Angenehme "Glaubensangebote" werden gern angenommen (92).

*Als Schwachpunkt in Paechs Argumentation erscheint seine Behauptung, dass Effizienz-Steigerungen immer **additiv** seien, also immer ohne Ersetzen der ineffizient gewordenen Produktionsanlagen. **Muss** das so sein (etwa wegen der von ihm erwähnten Entsorgungsprobleme)? Eine ggf. notwendige Übergangszeit bis zur vollständigen Ablösung des Alten könnte man durchaus einpreisen und dadurch kurzhalten. Paech liefert zur Beweisführung keine konkreten Beispiele aus der Praxis.*

Überzeugend ist andererseits der Hinweis auf die Gefahr unvollständiger Betrachtungsweisen: wenn effizientere Akkus zum E-Auto-Wachstum führen, das restliche E-Auto aber nicht effizienter wird, treibt das entstehende zusätzliche BIP-Wachstum den ökologischen Fußabdruck in die Höhe. Bei der Ablösung fossiler Energie durch Windenergie geht auch der Wertschöpfungsanteil der fossilen Brennstoffe verloren - also auch hier keine Entkopplung. Für permanentes entkoppeltes Wachstum müsste nicht nur permanente Effizienzsteigerung, sondern auch ein permanenter ökologisch neutraler Rückbau erfolgen - eine unübersichtliche Angelegenheit, wie man am Beispiel Akku & E-Auto sieht. Beim Wohnungsbau ist das ähnlich: ökologische Sanierung bringt kein dauerhaftes entkoppeltes Wachstum.

Wichtig ist auch die **Subjekt-Orientierung** bei der Bewertung: der 1,5-Liter-Auto-Vielfahrer macht den ökologischen Effekt des Objekts zunichte, ebenso der im Passivhaus wohnende Vielflieger und der Öko-Strom produzierende Verschwender (Geräte-Freak). Für die Greenwasher sind die Objekte Symbol-Konsum zur Status-Bekräftigung einer ökologisch scheinbar weißen Weste. Für Paech gibt es keine per se nachhaltige Technik, sondern nur nachhaltige **Lebensstile**. Und da stehen in Deutschland immer noch 11 t CO₂ pro Kopf & Jahr "erlaubten" 2,7 t gegenüber (100). Hilfreich wäre es, wenn sich Ökobilanzierungen ("ökologischer Fußabdruck") für Produziertes und für Verhaltensweisen durchsetzen würden, für Firmen am besten gesetzlich vorgeschrieben. Für Konsumenten gibt es einige CO₂-Rechner.

Kapitel 5: Wachstumszwänge

Die Darstellung des systemimmanenten Wachstumszwangs der herrschenden Ökonomie folgt dem schweizerischen Ökonom Christoph Binswanger. Das skizzierte kleine "Planspiel" muss man nicht unbedingt nachvollziehen, um die Methode der

Geldschöpfung und den Zinsdruck als strukturelle Ursachen zu identifizieren. Interessant ist der Ansatz, dass durch Verschiebung des Verbrauchs in *lokale* Lieferketten das grundsätzliche Risiko sinke und damit auch die Notwendigkeit der Absicherung durch Zins, wodurch auch der Wachstumsdruck verringert wird. Der gleiche Effekt tritt ein bei jeder Reduzierung des (Fremd-)Kapital-Einsatzes.

Eine Art "kultureller" Wachstumstreiber ist Konsum als Status-Symbol. Soziale Unterschiede sorgen dafür, dass es ständig Aufhol-Aktivitäten gibt, die zum Vergrößern des Konsum-Kuchens und damit zu neuer Status-Differenzierung führen, eine sich selbst antreibende Rückkopplungsmaschine, die funktioniert, obwohl sich dadurch eine Steigerung des persönlichen Glücks längst nicht mehr einstellt.

Kapitel 6: Umriss einer Postwachstumsökonomie (113ff)

Nach der kritischen Analyse folgen nun die konstruktiven Vorschläge. Die strukturellen Wachstumstreiber will Paech durch eine Verkürzung der riskanten Fremdversorgungsketten blockieren. Das soll über eine möglichst weitgehende Lokalisierung bis hin zur Selbstversorgung (Subsistenz) erfolgen. Die kulturellen Wachstumstreiber sollen durch die Strategie der Suffizienz bekämpft werden.

Die "Ökonomie der Nähe" hat verschiedene Vorteile. Für Kapitalgeber und -nehmer besteht ein vertrauensaufbauende Transparenz, die das Risiko minimiert. Unmittelbare Beziehungen anstelle von Marktanonymität können sogar Empathie schaffen. Kapitalgeber als Abnehmer der Produkte haben eine weitgehende Interessengleichheit mit den kapitalnehmenden Produzenten: eine Zinserhöhung würde zur Preissteigerung führen. In gewissen Grenzen behalten die Kapitalgeber auch die Verwendungskontrolle über ihr Kapital (ähnlich verfährt z.B. heute schon die GLS-Bank).

Eine kleinräumige Ökonomie ermöglicht kürzere Transportwege und eher geschlossene Kreisläufe. Kleinere Ausbringungsmengen bedeuten auch weniger kapitalintensive Wertschöpfung. Mittlere, "konviviale" Techniken (handwerklich, geringere Arbeitsproduktivität) brauchen und generieren weniger BIP-Wachstum. Das gilt auch für einen niedrigeren Spezialisierungsgrad (117)

Als hilfreich sieht der Autor "**Regio-Währungen**" an, die parallel zur Hauptwährung Euro genutzt werden (einige gibt es bereits heute). Stabilisiert werden sie durch eine zinslose Umlaufsicherung, mit Wertverlust beim Horten und Rücktausch in Euro (Gebühr). Sie bleiben, zinslos und spekulationsfrei, im regionalen Kreislauf. Durch die Nutzung als Zahlungsmittel halten sie deshalb auch Produktion, Arbeitskräfte, Waren und Dienstleistungen in der Region (was natürlich nur für einen Teil der ökonomischen Aktivitäten möglich ist). Regio-Fremdkapital als "Schwundgeld" übt keinen Druck Richtung Profit-Maximierung aus. Kleine genossenschaftliche Firmen richten sich eher an den Bedürfnissen in der Region aus. Eigenarbeit - die 3. Kategorie des Wirtschaftens - käme sogar ganz ohne (Fremd-)Geld aus. Die materielle Kaufkraft verringert sich durch diese "Lokalisierung"; das wäre aber auch dann der Fall, wenn Industrieprodukte mit allen realen externen Kosten belastet würden.

Mit "kreativer Subsistenz" kann Industrie-Output teilweise ersetzt bzw. verringert werden:

- durch Nutzungsintensivierung mittels gemeinschaftlichen Gebrauchs
- durch Verlängerung der Nutzungsdauer durch (gemeinschaftliche) Reparatur
- durch Eigenproduktion (z.B. Lebensmittel aus dem Gemeinschaftsgarten)

Voraussetzungen sind gleichdenkende Nachbarn, handwerkliches Geschick und genügend Zeit (die durch Rückbau industrieller Produktion und der kommerziellen Arbeitszeit zu gewinnen ist). Der Austausch der Dienste innerhalb der Gemeinschaft kann ohne Geld-Einsatz erfolgen.

Ausführlich wird in diesem Zusammenhang erläutert, dass das Konsumieren ein "Zeitfresser" ist: der "Konsumidiot" kommt mit der Nutzung seiner Konsumgüter gar nicht mehr nach. Das Konsumieren wird, weil es auch die Lebenszufriedenheit nicht mehr steigert, zur Belastung. Reduktion ist dann kein negativ besetzter Verzicht, sondern eine Befreiung.

Wenn die 50%-Subsistenz-Arbeit funktionieren, verbleiben immer noch 50% kommerzielle Tätigkeiten für Bereiche, die die "Prosumenten " überfordern würden. Die folgenden Ideen werden im Buch mehrfach und redundant benannt:

- Neuproduktion langlebiger, reparaturfreundlicher Güter erfolgen nur im "Notfall"
- Fokus "erhalten": renovieren, optimieren, Nutzung intensivieren und verlängern
- Wertschöpfungsketten verkürzen (Lokalisierung)
- kommerzielle Arbeitszeit verkürzen und flexibilisieren
- Direkt- und Regionalvermarktung
- Entwicklung: modulares, reparables, wiederverwendbares, langlebiges Design
- Prosumenten-Schulung für selbständigen Support, Instandhaltung und Reparatur
- lange Kreisläufe effizienter Material-Verwendung
- Märkte für Second-Hand-Produkte ("stoffliche Nullsummenspiele")
- Addition materieller Objekte vermeiden oder durch Subtraktion an anderer Stelle kompensieren (*hier fehlen Beispiele*)
- ausleihen statt besitzen

Die vielfältigen Rückbau-Aktivitäten sollen durch Geld- und Finanzmarkt-Reformen unterstützt werden, um den systemimmanenten Wachstumszwang abzumildern, weil sonst nach Erreichen eines ökologisch akzeptablen Versorgungsniveaus doch wieder eine Wachstumsdynamik entsteht. (***Unklar bleibt hier, wie das Rückbau-Ziel ohne soziale Krisen erreicht werden kann - es ist vermutlich der Knackpunkt eines solchen Konzepts.***)

Als **finanzpolitische Maßnahmen** werden genannt: attac's Finanztransaktionssteuer; Vollgeld mit staatlichem Geldschöpfungsmonopol ohne Schulden; Regionalwährungen; sozial-ökologisch orientierte Genossenschaftsbanken sollen weniger zins- und renditelastiges Kapital beschaffen (***unklar bleibt, wie das funktionieren könnte***). Das soll auch allgemein für Unternehmen gelten: Non-Profit-Firmen sollen solidarisch wirtschaften und die "strukturellen Gewinnerwartungen" dämpfen (***auch hier bleibt unklar, wie das funktionieren könnte***).

Eine (kompliziert klingende) **Bodenreform** soll (Investoren-)Besitz durch Pacht und Nutzungsrechte ersetzen, mit ökologisch definierten Obergrenzen. Wertsteigerungen werden abgeschöpft und den Nutzern vorenthalten; dadurch gibt es keine Spekulation. (136)

Ökologisch kritische "Emissionsrechte" müssen gekauft werden. Der "Subventionsdschunge" muss entrümpelt werden, um ökologische Schäden zu verhindern und die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Das soll im Saldo genug staatliche Mittel für Soziales, Gesundheit und Bildung bringen, trotz der steuerlichen Einbußen durch den industriellen Rückbau.

Dies ist die entscheidende Frage: die Behauptung muss stark angezweifelt werden, solange sie nicht ansatzweise durchgerechnet worden ist. Zum Beispiel sind hohe "Straf-Einnahmen" bei der Eindämmung von ökologischen Schäden gar nicht wünschenswert, denn dann funktioniert diese Eindämmung nicht wirklich. Man kann die Effekte nicht zweimal verbuchen (Eindämmung und hohe Einnahmen). Ungeklärt ist auch der Verdacht, dass eine konsequente Internalisierung aller externen, derzeit nicht von den Firmen zu bezahlenden Kosten - z.B. Infrastrukturnutzung oder Umweltschäden - an vielen Stellen zur Zerstörung der Wirtschaftlichkeit und im Gefolge zu Insolvenzen mit einer massiven Rezession führen könnte, dass also das derzeitige BIP-Wachstum in großen Teilen genau auf der Subventionierung in Gestalt der Kosten-externalisierung fußt und auf diese angewiesen ist. Alle Vorschläge, die rein qualitativ bleiben, sind wohlfeil und bezüglich des angestrebten Erfolgs letztlich nicht überzeugend.

Paech schlägt an dieser Stelle einen nicht näher ausgeführten "Lastenausgleich" von Harald Spehl vor, zu dem auch keine Literatur-Angaben gemacht werden. (137)

Auf der ökologischen Ebene regt Paech ein Moratorium für die Bodenversiegelung an durch Rückbau von Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätzen, Flughäfen u.a.. Die Flächen sollten renaturiert oder für neue regenerative Energieanlagen genutzt werden. Unabdingbar ist für ihn auch eine **Ressourcenpolitik** mit ökologischen Obergrenzen.

Bildungsinhalte sollten, statt Überfluss zu predigen, endlich einen nachhaltigen Lebensstil propagieren und die Lernenden zu dessen Umsetzung ermächtigen. Dazu gehören auch handwerkliche Befähigung und Sesshaftigkeit. Ziel ist eine "Nachhaltigkeitsbildung mit Subjektorientierung", die die Fähigkeit vermittelt, "das eigene Leben im Hinblick auf globale Übertragbarkeit zu reflektieren".

Weitere Vorschläge des Autors fordern von den Unternehmen für alle Güter eine ökologische Kennzeichnung (Fußabdruck) und ein weitgehendes Werbeverbot. Für Einkommen und Vermögen sollen Obergrenzen gelten. Ein Bürgergeld oder Grundeinkommen soll für eine Übergangsphase ausgegeben werden, jedoch geknüpft an gemeinnützige Tätigkeiten und Bedürftigkeit. Dies seien nur einige ausgewählte Essentials, so Paech; umfassenderes Nachdenken lohne sich nicht, solange das Konsumdenken in der Bevölkerung noch so dominant sei (*man kann das auch genau umgekehrt sehen: mit einer Spezifizierung des Zielszenarios das Umdenken anstoßen*).

Wichtig sei das Vorleben alternativer Lebensstile - und zwar jetzt; zumindest aber ihre Thematisierung. Politische Forderungen sollen dadurch zwar nicht ausgeblendet werden, aber auf politische Weichenstellungen zu setzen, sei "Zeitverschwendung", weil die Politik erst handele, wenn sie aus der Gesellschaft glaubwürdige Signale empfängt, dass diese den Wandel will und auch aushält (141)

Hier und im folgenden **Fazit** ("Wir haben - noch - die Wahl!") wird eine **Strategie** zum Anstoß der erwünschten Veränderungen beschrieben. Das bietet naturgemäß viel Raum für den kontroversen Disput. **Paechs vorstehende Bemerkung suggeriert, die "Politik" schiele ständig auf die Wähler und mache, was deren Mehrheit wolle. Dem kann man unzählige gegenteilige Erfahrungen entgegensetzen (z.B. 80% Opponenten in der Bevölkerung gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen können diese bis dato nicht verhindern). Die Politik macht nach ihrer eigenen Agenda das, was sie durchziehen bzw. verhindern kann - auch gegen die Wähler. Aufgeflogene Selbstbereicherer in Pandemie-Zeiten ("Masken-Skandal") möchte man gern vermeiden, aber nicht die Lobby-Hörigkeit als solche. Die politischen Antreiber in der Zivilgesellschaft sind immer wenige, die vielen sind allenfalls Mitläufer (auch in negativer Hinsicht, wie 1933 im Gefolge der Nazis). Zur Überzeugungskraft gehört sehr wohl eine möglichst genaue Kenntnis des Zielsystems, vor allem hinsichtlich der Machbarkeit; und diese gewinnt man ohne fundierte quantitative Betrachtung nicht.** Korrekt, aber nicht weiterführend ist der Hinweis, dass gerade die "Technik-Freaks" unter den Greenwashern ihrerseits jeden Machbarkeitsbeweis schuldig bleiben.

Vor allem die Alternative "by desaster" als Konsequenz für den Fall, dass wir unser "business as usual" fortführen, ist keineswegs allgemein verinnerlicht. Sie ist für viele zu abstrakt (das Klima ist ja auch eine rein abstrakt-statistische Größe), während Veränderungsforderungen hin zur Suffizienz unmittelbar konkret fassbare Auswirkungen vor Augen führen, gegen die es die in der Zukunft liegenden Attraktionen der Postwachstumsgesellschaft schwer haben: das Entspannende durch Weglassen und Reduktion beim Konsumzwang, wachsende Resilienz und Angstfreiheit bei Verkürzung der Versorgungsketten (zumindest wenn alles sozial abgefedert ist, auch bei der Verteilung der 50% Erwerbsarbeit), die Entschleunigung, Rückgang der Reizüberflutung, erfahrbare Selbstwirksamkeit (Erfolgslebnisse), weniger soziale Ungleichheit, mehr sozialer Zusammenhalt. Glück als oberste Zielgröße, so schließt Paech, ist eine "Interpretationsleistung", aber Glück ohne Verantwortung ist nicht legitim. Und damit hat er wohl recht.

Rolf Oesterlein, 1.4.2021